

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 208.

Sonntag, den 5. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen u. „Die Neue Welt.“

## Woran das deutsche Finanzwesen krankt.

Die Schäden, an denen das deutsche Finanzwesen krankt, sind in erster Linie der Militarismus und die indirekten Steuern. Jener, der mit seinen fortgesetzt exorbitanten Forderungen für den Nimmerstatt-Moloch das Finanzwesen in die bitterböse Klemme gebracht hat, worin es nun steckt. Diese, welche die blutarmen Massen bis fast zur völligen Erschöpfung geschröpft haben, und trotzdem straubt man sich noch immer, die erforderlichen Millionen von den Reichen und Reichsten mittels progressiver Reichseinkommen- und Vermögenssteuern zu holen und schlecht und frecht schon wieder um die Taschen des Volkes, wie der Fuchs um den Hühnerstall, um ihnen neue indirekte Steuern abzapfen oder die alten zu erhöhen.

Wir sagen damit nichts Neues. Aber um so schlimmer, daß dieses Alte ewig neu bleibt, daß die fixe Idee, die nationale Sicherheit verlange unablässige Steigerung der Rüstungen, in den Gehirnen nicht bloß der Regierung, sondern auch der bürgerlichen Klassen sich eingegriffen hat wie ein Krebsgeschwür, und daß von dem System der indirekten Steuern das Wort gilt: Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

Durch unsere Hände ging dieser Tage der Separat-Abdruck der beiden Etatsreden von Bebel und Liebknecht, gehalten im Reichstage im November 1893. Da sagte Bebel u. a.: „Ich würde als vermögendere Mann mich schämen, wenn die Frage von noch mehr Steuern und mehr Einnahmen des Staates auftaucht, auch nur irgend eine Steuer in Vorschlag zu bringen oder gut zu heißen, von der ich mir sagen müßte, daß mein armer Mitbrüder dadurch bedrückt und ich entlastet würde. Das würde ich selbst bei meinem Standpunkt mir nicht erlauben; wie können Sie, bei Ihrem christlichen Standpunkt, sich derartiges erlauben? Ich meine, schon das, was Sie uns gegenüber stets in den Vordergrund stellen, Ihr Christentum, müßte Sie veranlassen, die Lasten zu übernehmen, die Sie ja übernehmen können. Aber man hält sich an den Spruch: „Wer da hat, dem wird gegeben, und wer nicht viel hat, dem wird auch das genommen, was er hat.“

Und Liebknecht sagte: „Warum soll nicht auf direktem Wege ebensoviel zu holen sein wie auf indirektem? Doch es hat für die Machthaber ein finanzielles und ein politisches Bedenken. Die direkte Steuer wird gewissermaßen von einem Chirurgen appliziert, der ins Fleisch schneidet, die Ader ansieht und so und so viel Blut abläßt, welches man dann genau messen kann. Das ist eine Operation, gegen die sich jeder sträubt, wenn sie ihm nicht absolut notwendig erscheint. Die indirekte ist bequemer und entzieht sich der Kontrolle. Das Chirurgenmesser wird nicht brutal angelegt, die indirekte Steuer setzt sich heimlich auf das Opfer wie in südlichen Ländern ein Vampir. Er fängt an zu saugen, saugt, saugt, ohne daß das Opfer es merkt; denn sein Flügelschlag ist leise und fächelt sogar Kühlung zu. Aber anderen Tages merkt es das Opfer doch und stülft sich matt und schwach. — Dazu kommt noch der politische Grund, daß die indirekten Steuern von der Volksmasse getragen werden und die reicheren Klassen wenig belasten.“

Und zwar nicht bloß verhältnismäßig weniger, sondern bei manchen Steuerobjekten sogar effektiv, wie Laffale in seiner klassischen Rede über indirekte Steuern, gestützt auf bürgerliche Ökonomen, nachgewiesen hat; wie er auch die indirekten Steuern als die verkappte Form gebrandmarkt hat, durch welche das frühere Privilegium der Steuerfreiheit des Feudaladels im bürgerlichen Staat sich teilweise wieder eingeflichen und eingemischt hat.

Unser verstorbener Genosse Bruno Geiser hat einmal in einer Versammlungsrede gesagt, bei den indirekten Steuern kommt der Fiskus des Nachts, während der Bürger schläft, an dessen Bett, und nimmt ihm das Geld heimlich aus der Hosentasche. Wie man das sonst im Leben nennt, braucht man nicht zu sagen.

Man habe in den modernen Zeiten den indirekten Steuern eine skandalöse Ausdehnung gegeben (une extension scandaleuse) schrieb der Bourgeois-Ökonom S. B. San, Professor am Pariser Kollege de France.

Nun lasen wir neulich in einem liberalen Blatte: es sollen ja nur gewisse indirekte Steuern eingeführt resp. erhöht werden, nämlich vor allem solche, die nicht den notwendigen Volksbedarf treffen. Dabei wurde wohl zunächst an Bier, Tabak, Branntwein, Petroleum gedacht. Wie pfliffig! Ist etwa Bier ein notwendiger Volksbedarf?

Haben die Menschen nicht Jahraufende ohne Bier existiert? Sicherlich. Im Grunde ist auch das Hemd kein notwendiger Volksbedarf. Die alten Deutschen trugen keine Hemden, und noch die Gemahlin Karls VII. von Frankreich wurde von ihrem Hof um ihre zwei Hemden beneidet! Die Sache ist eben die, daß in der Zivilisation vieles notwendiger Volksbedarf geworden ist, was es früher nicht war, und eine Schmälerung dessen die Massen empfindlich trifft und ihre materielle Kultur und damit die Massenkultur überhaupt zurückschraubt! Wozu noch die schwere wirtschaftliche Schädigung durch Beschränkung des Konsums solcher Produktionsgüter kommt. Welchen Stoß würde namentlich die Tabakindustrie erleiden und wie viele Tabakarbeiter brotlos werden!

Warum, fragte Liebknecht in der oben erwähnten Rede, soll nicht eine Einkommensteuer für ganz Deutschland eingeführt werden? Warum soll nicht der Einzelstaat für seine Sonderbedürfnisse neben der Reichseinkommensteuer und im Rahmen der Reichssteuerapparate seine Landessteuer erheben? Kann es etwas Einfacheres geben? Das Steuersystem ist nicht nur das praktischste, es ist auch das einzige, welches den Anforderungen entspricht, die an ein Steuersystem gestellt werden müssen, nämlich, daß die Lasten auf die tragfähigen Schultern gelegt und die Armen geschont werden.

Aber die Finanzminister der Einzelstaaten wollen nicht, weil die Bourgeoisie nicht will. Wie leicht die vielen Kräfte Tausende entbehren können von ihren Überflüssen, ohne ihrem Schlaraffenleben den geringsten Abbruch zu tun, das hat man bei der Zeppelin-Explosion gesehen. Da ließ wenigstens mancher sich nicht lumpen, teils aus Liebhaberei, teils aus Grobquerei. Warum verfaßt denn aber der Patriotismus dieser Patentpatronen bei der Einkommensteuer? Warum — darum; solange noch aus den Massen etwas herauszuholen ist, halten sie den Daumen auf den Beutel!

Eine großzügige, „groß angelegte“ Finanzreform, wie sie jüngst von der „Norddeutschen Allgemeinen“ angekündigt wurde, wäre einzig und allein die Einführung einer Reichseinkommen- resp. Vermögenssteuer! Alle bisher verlautbarten, das Wirtschaftsleben und die Kultur einengenden und gar die Lebenshaltung und die Arbeitsgelegenheit des arbeitenden Volkes herabdrückenden Steuerprojekte sind kleinlich, engherzig, schäbig, ungerecht, kulturwidrig!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Deutschland und Marokko.

Einem Mitarbeiter des „S. T.“ ist von angeblich informierter Seite über die Beweggründe der deutschen Regierung für ihr neuestes Eingreifen in die Marokko-Angelegenheit folgende Darstellung gegeben worden:

„Die offiziellen französischen Kreise urteilen richtig, wenn sie die Reise des Konsuls Bassel nach Fes lediglich auf wirtschaftliche Gründe zurückführen. Zu einer Erregung ist um so weniger Grund, als der französische Konsularbeamte, ein Algerier, sich seit Wochen bereits zur Wahrnehmung der französischen Interessen in Fes befindet. Bassel hat keine Mission in Sachen der Anerkennung Mulay Hafids. Bei dem von Deutschland unternommenen Schritt handelt es sich nur um einen Vorschlag oder um eine Anregung, und nicht etwa um die Einleitung einer Sonderaktion Deutschlands. Darüber hat die deutsche Regierung keinen Zweifel gelassen, denn sie hat gleichzeitig mit ihrem Vorschlage den Mächten mitgeteilt, daß sie damit nicht beabsichtige, aus dem Konzert der Mächte auszuschreiben, sondern daß sie vielmehr Gewicht darauf lege, nach wie vor im Rahmen der Akte von Algieras in allen Stücken mit den anderen Mächten d'accord vorzugehen. Der deutschen Regierung erschien aber der jetzige Augenblick besonders geeignet, eine rasche Klärung der Marokkofrage herbeizuführen, durch die die wirtschaftlichen Interessen aller europäischen Staaten schon so lange und stark beeinträchtigt worden. Sie ist der Ansicht, daß Mulay Hafid heute in Marokko der einzige aller Prätendenten ist, der tatsächlich die Macht in Händen hat, und in stande ist, eingegangenen Verträgen Achtung und eingegangenen Verbindlichkeiten Erfüllung zu verschaffen. Nicht minder ist die Regierung von der Richtigkeit ihrer Anschauung überzeugt, daß es für die politischen wie wirtschaftlichen Interessen der Mächte besser ist, daß es in einem Lande wie Marokko einen von den Mächten anerkannten Sultan gibt, als eine Anzahl nicht anerkannter Kronprätendenten, die sich fortgesetzt gegen-

seitig bekämpfen. Aus denselben Gründen glaubt die Regierung endlich, daß man — immer im Gesamtinteresse der Mächte — den als Sultan anerkannten soll, der tatsächlich Macht und Einfluß genug hat, sich aus eigener Kraft in dieser Stellung zu halten.

Aus diesen Erwägungen heraus glaubte die Regierung die Initiative ergreifen zu sollen, um die Anerkennung Mulay Hafids bei den Mächten anzuregen. Sie sieht nicht auf dem Standpunkt, daß die Anerkennung Hafids erst erfolgen dürfe und könne, nachdem Mulay Hafid feierlich die Bestimmungen der Algierasakte für Marokko ein osus, das wie eine Hypothek auf dem Lande liegt, und gegen die zu regieren überhaupt unmöglich sei. Und deshalb erscheint es ihr unwesentlich, ob Mulay Hafid die Algierasakte vor seiner Anerkennung als Sultan feierlich anerkennt. Man zweifelt nicht daran, daß er gar nicht anders kann, als sich streng auf den Boden der Akte zu stellen, und glaubt, daß man nach seiner Anerkennung sehr rasch durch diplomatische Verhandlungen dahin gelangen wird, daß Mulay Hafid ebenso die Algierasakte wie andere Verpflichtungen seines Vorgängers anerkennen werde.“

Wir können demgegenüber nur wiederholen, was wir schon sagten, daß uns dieses Eingreifen der deutschen Diplomatie höchst überflüssig erscheint; es kann aber auch sehr bedenklich werden, weil man es in Frankreich sicherlich peinlich empfinden wird.

### Bismarck, der Staatsstreicher.

Als die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe erschienen sind, wegen deren ihr Herausgeber, Curtius, erst lebhin wieder die „Angnabe“ des preussischen Hofes in der Form zu spüren bekam, daß er zum Paradeessen in Straßburg nicht eingeladen wurde, hat die bismarckische Presse mit heiligem Eifer bestritten, daß Bismarck Wilhelm II. den Staatsstreich empfohlen habe. Diesem Ablehnungsbestreben ist damals der Herausgeber der Preussischen Jahrbücher, Hans Delbrück, mit aller Schärfe entgegengetreten, was ihm den Zorn der „nationalen“ Presse in hohem Maße eintrug. Auf den Streit von damals kommt Hans Delbrück aus einem anderen Anlaß jetzt wieder zurück. In der Ausgabe der Preussischen Jahrbücher vom 29. Juli 1908 zitiert er aus einem Brief, den der preussische Herrnhäuser von Hellborn-Breda ihm am 9. Februar 1907 schrieb, folgende Stelle:

„Etwas erstaunt bin ich gewesen über Rottenburgs Behauptung, daß Fürst Bismarck niemals habe das allgemeine Wahlrecht beseitigen wollen.“

Daß es anders liegt, habe ich öfter, und ich glaube auch einmal im Herrenhaus, ausgesprochen. Nicht aus gelegentlichen Gesprächen oder dergleichen, sondern aus ernstern, unter vier Augen zwischen mir und dem Fürsten geführten Diskussionen weiß ich dies, namentlich in der Zeit vor der Auflösung des Reichstages wegen des Septenats etc., die dann zu der Wahl des sogenannten Kartellrechtstages führte. — Er hat damals in hoher Erregung und höchstem Ernste mit einmal gesagt, „ich will die letzten Jahre meines Lebens daran setzen, den schwersten Fehler wieder gut zu machen, den ich begangen“, und das war eben die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.“

Will man noch immer bestreiten, daß Bismarck kurz vor seiner Entlassung drauf und dran war, das zuchthauswürdige Verbrechen des Staatsstreichs zu verüben?

### Die Agrarier als Feinde der Unfallrenten.

Seit einigen Jahren bereits sind agrarische Kreise eifrig an der Arbeit, um die landwirtschaftlichen Unfallrenten unter 20 Proz. zu beseitigen. Unter den Wortführern dieses Strebens ist insbesondere der Zentrum Abgeordnete Herold zu nennen. Als Grund führen die Agrarier in der Hauptsache an, daß die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu hohe Beiträge erheben. Also das nackte Selbstsicherungsinteresse, der pure Geiz ist es, der die Sunker und Sunkergenossen dazu bestimmt, verunglückten landwirtschaftlichen Arbeitern die Rente entziehen zu wollen, wenn sie nicht mehr als 20 Prozent ausmacht. Die Grenze von 20 Prozent ist natürlich eine rein willkürliche, was bei Abmessung der Renten in Zukunft recht drastisch in die Erscheinung treten würde, denn die Berufsgenossenschaft hätte natürlich das Bestreben, die Renten meist unter diesem Satz zu halten, weil sie dann nicht zur Auszahlung kämen. — Die Regierung wollte bisher nicht recht anbeißten, doch will sie jetzt überlegen, ob die Untersuchung und Kontrolle der Verunglückten nicht stärker gehandhabt werden könne. Wenn dabei in der üblichen rigorosen Weise vorgegangen wird, dann dürfte vielleicht manchem verunglückten Landarbeiter die kümmerliche Rente oder Pension entzogen oder verkürzt werden. Vielleicht, daß dann die Sunker ein paar Pfennige weniger zu bezahlen haben, die sie dann zur Linderung ihres „Notstandes“ verwenden können. Wenn es nur dem Sunker gut geht — die Opfer der Arbeit mögen sehen, wo sie bleiben!

### Ausländische Arbeiter in Preußen.

Die „Kreuz-Zeitung“ stellt nach einer jenseit er- schienenen Schrift des preussischen Regierungsassessors Dr. Bodenstern über die „Beschäftigung ausländischer Arbeiter während der letzten Jahre in Preußen“ beschäfftigt waren. Danach sind im Jahre 1906 in Preußen über 600 000 ausländische Arbeiter, davon in der Landwirtschaft rund 240 000, beschäftigt gewesen. Der bei weitem größte Teil dieser Arbeiter kommt über die östlichen Grenzen, nämlich 400 000 aus Rußland und Österreich-Ungarn. Daneben kommen hauptsächlich noch Italien und Niederlande, diese mit etwa 80 000, jenes mit rund 90 000 Arbeitern in Betracht.

In den Provinzen Rheinland und Westfalen waren 1906 rund 232 000 ausländische Arbeiter beschäftigt, davon entfielen auf das Rheinland 159 000. Für das Jahr 1907 hat sich die Zahl der in der westlichen Industrie tätigen Arbeiter noch erheblich gesteigert. Genauer Ziffern darüber liegen dem Verfasser aus dem statistischen Material des Bochumer Knappschaftsvereins vor. Danach betrug am 1. Juli 1907 die Gesamtbelegschaft der rheinisch-westfälischen Bergwerke 311 649 Mann; von diesen waren 25 748 Ausländer; davon stammen 16 971 aus Österreich-Ungarn. Der Prozentsatz der Ausländer an der Gesamtbelegschaft betrug im Jahre 1907 8,26. Seit 1902 ist diese Ziffer ständig gewachsen, sie betrug 1902 5,79 Proz. und stieg in den folgenden Jahren auf 6,14, 6,46, 6,81, 7,42 und 8,26 Proz. An Arbeitern aus den vier östlichen Provinzen (Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien und Posen) waren im Jahre 1907 105 000, also gerade ein Drittel der Gesamtbelegschaft beschäftigt.

### Angst vor der Einigung.

Die Jungliberalen wünschen von dem nationalliberalen Vertretertag in Elberfeld energische Schritte, die zu einer Einigung des gesamten deutschen Liberalismus führen sollen. Energie und Liberalismus sind nun aber Begriffe, die sich gegenüberstehen wie das Feuer zum Wasser. Je näher der Vertretertag kommt, desto schmäler wird es auch schon den Jungliberalen selbst, ob der Kühnheit, die sie mit ihrem Verlangen an den Tag gelegt haben. In der „Rheinischen Zeitung“ jetzt bereits ein Jungliberaler auseinander — und die „Nationalzeitung“ drückt es schmerzhaft nach — daß, wenn schon die Führer wollten, dann machen doch die Massen nicht mit. Der mutige Jungliberale legt dar:

„Man schiebe der Parteileitung nicht eine Aufgabe zu, an die sie sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht heranwagen kann, ohne ihre Autorität aufs Spiel zu setzen. Hinter dem Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend steht gewiß eine beachtenswerte Schar nationalliberaler Parteifreunde, die aber in den örtlichen Parteileitungen nicht den Ausschlag geben. Der Antrag der Jungliberalen könnte der Parteileitung, selbst wenn er in Elberfeld einstimmig angenommen würde, kaum Gewähr dafür bieten, daß er dem Willen der Parteifreunde entsprechen würde, und wenn die Parteileitung ihm folgte, setzte sie sich der Gefahr aus, von den Parteifreunden im Lande verleugnet zu werden.“

Das ist der Liberalismus, wie er leidet und lebt. Eine Masse zusammengelaurener Leute ohne festes Prinzip, die der „Autorität“ der Leitung völlig entrückt sind. Wäre die „Angst vor der Sozialdemokratie“ nicht gar so groß, der Liberalismus wäre in noch mehr Lager gespalten.

### Dertel in der Zwickmühle.

Aber die von uns eingehend behandelten Ergebnisse der letzten Verfassungskonferenz für die süddeutschen Bundesstaaten, die so deutlich den Rückgang der agrarischen Elemente beweisen, hat sich jetzt ein interessanter Streit zwischen Liberalen und Agrariern entsponnen. In der „Deutschen Tageszeitung“ fährt Dertel voller Wut über folgende Stelle in einem liberalen Artikel her, die sich mit jenen Ergebnissen befaßt:

„Das also ist nach dieser Richtung hin der Erfolg einer unangenehm gestellten Landwirtschaft in den Vordergrund stellenden Wirtschaftspolitik.“

Diese zutreffende Bemerkung veranlaßt nun Dertel zu dieser zornbelebenden Antwort:

„Eine Wirtschaftspolitik, die die Landwirtschaft unangenehm in den Vordergrund stellt, treiben wir auch heute noch nicht; und die Wirtschaftspolitik, die mit der früher höchsten Bevorzugung der Industrie und des Handels ein wenig gebrochen hat, wird erst seit ein paar Jahren getrieben, so daß sie für den ganzen Zeitraum von 1886 bis 1907 nicht bestimmend gewesen sein kann. Im Gegenteil die ersten Jahre nach der vorletzten Verfassungskonferenz, d. h. die letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts, waren gerade die Zeiten der schärfsten Agrarkrisis. Auch wir erwarten, daß die teilweise, wenn auch nur zögernde Abkehr von den Wahnen der Caprivischen Wirtschaftspolitik den Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung einigermassen aufhalten wird; aber diese Wirkung konnte unmöglich bei der letzten Verfassungskonferenz schon in Erscheinung treten.“

Für das offizielle Agrarierblatt ist immerhin schon das Zuständigkeitsverhältnis bemerkenswert, daß man mit der „Bevorzugung von Handel und Industrie ein wenig gebrochen“ hat. Man bekommt so etwas nur selten zu hören. Aber sonst sind die Argumente des biederen Dertel nichts als laule Fische, die schon von weitem riechen. Denn noch niemals ist in den süddeutschen Ländern in einem Zeitraum von nur zwölf Jahren ein solch rascher Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu verzeichnen gewesen, wie von 1882 bis 1907, selbst in Zeiten nicht, wo von Getreidefällen noch nicht die Rede war oder diese nicht entfernt die Fülle der Aera Caprivi erreichten. Dertel wird sich also nach andern Gründen umsehen müssen.

Zu dem Artikel der liberalen Presse wird weiter darauf hingewiesen, daß die erhöhten Zölle fast ausschließlich den größeren Besitzern zugute gekommen seien. Auch dagegen polemisiert Dertel heftig, hütet sich aber, die Statistik über die Größe und die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die wenigstens für Württemberg und Elsaß-Lothringen vorliegt, zu berühren. Die vorläufig für Württemberg und Elsaß-Lothringen festgestellte Betriebskonzentration innerhalb der Landwirtschaft würde ihn auch wenig in den Kram passen. Ist sie doch neben der technischen Fortzüge des Großbetriebes auch eine Folge der erhöhten Getreidezölle, deren Vorteile für den Besitzer progressiv mit der bebauten Fläche wachsen.

### Mugdan gegen das Reichstagswahlrecht.

Herr Mugdan, der Sozialistenführer des Reichstags, hat den Ehrgeiz, auch Berliner Stadtvater zu werden. Er kandidiert jetzt im 5. Berliner Gemeindevahlbezirk gegen den demokratischen Kandidaten Professor Richter, weil er diesen, wie er selbst sagt, für „einen Schleppenträger der Sozialdemokratie“ hält. In einer streng abgesperrten Wählerversammlung, zu der man ursprünglich nicht einmal Berichterstatter zulassen wollte, denunzierte Herr Mugdan den demokratischen Stadtverordneten Marggraf, daß er einmal eine rote Kravatte getragen und bei einem Kaiserhoch sitzen geblieben sei. In kommunalpolitischer Beziehung erklärte sich der Abgeordnete der Arbeiterstadt Görtitz gegen die Wertzuwachssteuer, gegen die Verstaatlichung der Straßenbahnen, gegen das Verbot, städtische Lieferungen an Stadtverordnete zu vergeben, und auf die Frage, wie er sich zur Einführung des Reichstagswahlrechts in den Kommunen verhalte, antwortete er:

„Ich bin kein Freund der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Kommunen, sondern ein erbitterter Feind davon.“

Mugdan hat schon längst bei den Junkern die ursprüngliche Abneigung gegen seine Abstammung besiegt, er ist ihr ausgesprochener Liebling. Auch sein neuestes Diktum wird von ihnen mit Jubel aufgenommen werden, denn wenn sich hervorragende Vertreter des Blockfreisinn als erbitterte Gegner des Reichstagswahlrechts für die Kommunen erklären, so kann man nicht nur wissen, wie weit es mit der freisinnigen Begeisterung für das Reichstagswahlrecht zum preussischen Landtage her ist, sondern schließlich auch hoffen, daß der Freisinn eines Tages auch für eine reaktionäre Abänderung des Wahlrechts zum Reichstage zu haben sein wird. Herr Mugdan ist also die konservativen Stimmen des 5. Berliner Gemeindevahlbezirks sicher. Gespannt darf man nur sein, wie sich die bisher freisinnigen Wähler zwischen ihm und dem Kandidaten der sehr lebhaft agitierenden demokratischen Vereinigung entscheiden werden.

### Der Reichstag

soll — nach der „Frankfurter Zeitung“ — am 2. November seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen.

### Vom Kolonialsegen.

Wie eine Kolonialreise nahegehende Korrespondenz mitteilt, sind die Diamantfunde in Elisabeth-Bucht, vierzehn Seemeilen südlich von der Lüderitz-Bucht, recht erfolgreich, da man auf „Pipes“ gestoßen sein will. In der Sturmvoegel-Bucht, westlich der Elisabeth-Bucht, sind reiche Kupfererze entdeckt worden. Auch im Norden der Gebiete der South-West-Afrika-Company sind Diamanten entdeckt und zur Prüfung nach Swakopmund geschickt worden. Der Fundort liegt in der Nähe von Grootfontein.

Sonderbar: Seit Dernburg den Boden Südwestafrikas betreten hat, gibt's dort überall Gold, Diamanten und Kupfererze. Welche Pläne des Staatssekretärs sollen mit diesen „Fundes“ wieder einmal gedeckt werden? Eine einwandfreie Prüfung dieses kolonialen Segens ist bis jetzt noch nicht erfolgt, und deshalb tut man gut, hinter die Gold- und Diamantenfunde vorerst noch ein großes Fragezeichen zu machen.

### Das Stenerbukett.

Eine süddeutsche Korrespondenz will aus „ganz sicherer“ Quelle über die neuen Steuern folgendes erfahren haben: Von direkten Steuern enthält der Entwurf eine Erweiterung der Erbschaftsteuer sowie als Eventualvoranschlag eine Reichsvermögenssteuer. Die Erbschaftsteuer soll auf die Verlebenden ausgedehnt werden mit Einschränkungen hinsichtlich der Bereicherung von Grundbesitz und unter Freilassung kleiner Erbschaften — in Aussicht genommen sind 10 000 Mk. Für eine Reichsvermögenssteuer hat das preussische Ergänzungsteuergesetz als Vorbild gedient.

Den Hauptanteil am Reformprogramm nehmen auch diesmal die indirekten Steuern ein. In vorderster Reihe stehen die Getränkesteuern, Branntwein-, Bier- und Weinsteuer.

Für die Branntweinsteuer bestehen zwei Vorschläge; der eine sieht eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe, der andere ein Branntweinmonopol vor.

Die Biersteuer hält an der heutigen Steuerform fest und nimmt eine Erhöhung der heutigen Sätze sowie eine stärkere Progression, durch die die größeren Brauereien mehr belastet werden, in Aussicht.

Die Weinsteuer vorlage, die erhebliche Erträge nicht bringen wird, entspringt der Erwägung, daß bei Erhöhung von Bier- und Branntweinsteuern aus Gerechtigkeitsgründen die Besteuerung des Luxusgetränkes nicht fehlen darf.

Die Tabaksteuer kehrt als Zigarrenbänderollensteuer unter Abminderung nach der Qualität der Zigarre auch in der neuen Finanzreform wieder!

Neu ist die Steuer auf den Verbrauch von Gas und Elektrizität, wobei ein Unterschied in der Belastung nach der Art des Verbrauchs gemacht werden soll.

Mit Hilfe der Steuern ihres Reformprogramms hofft die Regierung einen jährlichen Mehrertrag von rund 400 Millionen Mark zu erzielen. Dieser soll nicht nur zur Deckung der notwendigen Ausgaben, sondern vor allem auch zu einer regelmäßigen Schuldentilgung Verwendung finden.

### Zur Reichstags-Erstausswahl in Speyer-Ludwigs- hafen.

Die Kandidatur Posadowskys ist durch den mitgeteilten Beschluß der Vertrauensmännerversammlung des Zentrums in Ludwigshafen auf Stimmenthaltung abgetan. Aber der Streit darum schlägt noch einige Wellen in der Zentrumspresse. Die „Pfälzer Ztg.“ betont in bestimmter Absicht, daß die Beratungen gründlich gepflogen wurden und zwar in Ruhe. Die Wahlenthaltung sei vollkommen einträchtig beschlossen worden. Hocherfreut sei weiter die einstimmige Annahme der Resolution, welche das Vorgehen des Herrn Abgeordneten Dr. Jäger billigt. Das sei wohl die beste Antwort, die auch den Querstreifen

reien der „Rdn. Volksztg.“ gegeben werden konnte. Alle Vertrauensmänner ohne Ausnahme hätten hier ein muster- gültiges Beispiel von Verständnis für die Lage gegeben. Sie hätten Vertrauen zu ihren Führern, wenn sie auch vorher deren Entschlüssen gründlich überlegen und besprechen.

Die „Rdn. Volksztg.“ bemerkt etwas unwirksam zu dem Beschluß: „Es hat keinen Zweck, deswegen weiter mit der Parteileitung des Wahlkreises Speyer- Ludwigshafen zu rechten. Ein anderer Beschluß als Wahlenthaltung war ja auch in diesem Stadium nicht mehr zu erwarten. Wir verzichten daher in diesem Augenblick auch darauf, die zahlreichen Zuschriften, die uns in dieser Sache zugegangen sind, und die sämtlich — bis auf eine, die aber nicht aus der Pfalz stammt — unsern Standpunkt billigen, zum Abdruck zu bringen. Die Einsender werden sich damit zufrieden geben, und dies um so leichter, als sie überzeugt sein dürfen, daß die Lehren dieser Zwischenfälle nicht umsonst gegeben sein werden.“

Die „Staatsmänner“ des Zentrums sind mit ihrer Pfälzer Genossen unzufrieden, weil sie ihnen die schöne Gelegenheit verborben haben, das Zentrum in der Rolle des Staatsretters gegen die Sozialdemokratie aufmarschieren zu lassen, wie es die führenden Zentrumsblätter so schön eingeleitet haben. Daher der Ärger.

In einer liberalen Wählerversammlung in Speyer erklärte Landtagsabgeordneter Dr. Hamerschmidt u. a. die Verhandlungen mit Posadowsky wegen der Übernahme der Kandidatur im ersten pfälzischen Wahlkreis seien schriftlich geführt worden; Posadowsky habe sich bereit erklärt, diese Kandidatur anzunehmen und in vier Wahlversammlungen zu den pfälzischen Wählern zu sprechen. Der nationalliberale Kandidat Buhl schloß sich dieser Erklärung in seiner Rede an und bemerkte noch dabei, Posadowsky habe sich ihm gegenüber bereit erklärt, als Kandidat aufzutreten, wenn seine Person eine Vereinigung der bürgerlichen Parteien möglich mache. Diese Voraussetzung sei auch dem Zentrum bekannt gewesen, da es sich nicht um eine liberale, sondern um eine bürgerliche, neutrale Kandidatur gehandelt habe.

Diese schöne Spekulation ist nun zu Wasser geworden.

### Neues vom Puttkamer.

Dem Gouverneur z. D. Tesco von Puttkamer ist die nachgefragte Veretzung in den Ruhestand mit der gesetzlichen Pension unter Befassung seines Ranges und Titels erteilt worden.

### Aus dem Lager der Blöcklinge.

Eine Drohung an die Freikonservativen richten die „Amtlichen Mitteilungen“ des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg, deren Zorn offenbar durch das Vorgehen der Freikonservativen gegen die Konservativen in der Prignitz bei den letzten Landtagswahlen erregt wurde:

„Der liberale Großblock (Nationalliberale und Freisinnige) ist kein Nebengebilde mehr, man erkennt sogar schon die Umrisse dieses politischen Neugebildes. Im Kreuzfeuer zwischen Liberalen und Sozialdemokraten können aber die konservativen Parteien nur siegreich bestehen, wenn sie ihren Aktionsradius erweitern. In den Städten lege die konservative Sache vielfach dankbarer. Die falsche Rücksichtnahme auf befreundete Parteien müsse ebenfalls aufhören. Auch in Wahlkreisen, in denen die Konservativen gewissen nahe liegenden Parteien Heeresfolge zu leisten gewohnt waren, muß es zu einer kräftigen Entfaltung der Parteiorganisation kommen! Einzelfälle der letzten Wahlen sind nachträglich zu erkennen, wie es um die politische Dankbarkeit bestellt ist. Einer starken konservativen Partei gegenüber wird man künftig wohl etwas vorsichtiger sein.“

Die Rüstung der Konservativen gegen brüderlich verbündete Parteien hat einen unsagbar komischen Beigeschmack. Wenn man auch von Zeit zu Zeit auf freundschaftlichen Zuspruch des Reichskanzlers die Blockriffe „freudig“ verkleistert — die „innere Festigkeit“ des Blocks wird doch durch die konservativen Posauenstöße nicht gerade überzeugend bewiesen.

### Die Elektrizitätssteuer

soll, wie mit Bestimmtheit behauptet wird, zu einem Steuerfuß von  $\frac{1}{10}$  bis  $\frac{6}{10}$  Pfg. für die Kilowattstunde erhoben werden. Da nach der neuesten Statistik in Deutschland rund 1,1 Millionen Kilowatt an sämtliche Elektrizitäts-Werke angeschlossen sind, ergibt das einen jährlichen Stromverbrauch von 800 Millionen Kilowattstunden. Rechnet man hierzu die für Straßenbahnen abgegebenen zweihundert Millionen Kilowattstunden, so ergibt sich für Deutschland ein jährlicher Stromverbrauch von rund einer Milliarde Kilowattstunden. Bei einem Steuerfuß von  $\frac{1}{10}$  Pfg. für die Kilowattstunde würde sich eine Gesamteinnahme von 5 Millionen Mark ergeben.

Diese von einem Berliner Mittagsblatt aufgestellte Berechnung zeigt auf den ersten Blick, daß die projektierte Elektrizitätssteuer dem Reich sehr wenig einbringt, während sie die interessierten Kreise, vornehmlich die Städte als Besitzer von Elektrizitätswerken, ganz ungerechtfertigterweise belastet.

### Finnland.

Sozialistenhege in Finnland. Wie die Petersburger Zeitungen mitteilen, ist in den dortigen administrativen Kreisen die Nachricht aus Helsingfors eingetroffen, daß die finnländischen Behörden alle Maßregeln zur Entfernung sozialistischer Verbindungen ergriffen haben, die die Sicherheit Rußlands bedrohen könnten. Die administrativen Organe hätten bereits entsprechende Instruktionen erhalten und zugleich sei eine strengere Kontrolle der über Hangö abreisenden und aus dem Auslande eintreffenden Personen eingeführt worden.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 5. September.

Achtung Maurer! Wegen Akfordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Gärner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhäusen, Grzymühle, Gafentstraße, Siedbau Markt, Kallenhof bei Schwartzau. Als Akfordarbeiten fungieren F. Mädel, Krempeborfer Chauffee und J. a. b. Werderstraße.



# Selten günstiger Gelegenheitskauf!

Ich kaufte grosse Lagerbestände  
**Herren-Anzüge, Paletots und Ulsters**  
hauptsächlich Modell - Sachen und Muster - Piecen erstklassiger Fabrikate  
**ganz bedeutend unter Preis.**

Diese Artikel kommen um schnell zu räumen ab Sonnabend den 5. September  
zu ganz erstaunlich billigen Serien-Preisen zum Verkauf.

## Ca. 500 Herren-Anzüge

Modell-Anzüge Ia. Rosshaarverarbeitung, Kappnähte, Aermelaufschlag, Jacketts 2, 3 und 4 Knopf

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI
18 <sup>50</sup> <sub>Mk.</sub>	24 <sup>50</sup> <sub>Mk.</sub>	29 <sup>00</sup> <sub>Mk.</sub>	34 <sup>50</sup> <sub>Mk.</sub>	39 <sup>00</sup> <sub>Mk.</sub>	44 <sup>50</sup> <sub>Mk.</sub>

## Ca. 300 Herren-Paletots u. Ulsters

Modelle in engl. Geschmack, durchgeknöpft, Aermelaufschlag, Taille und Glocke

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI
19 <sup>75</sup> <sub>Mk.</sub>	26 <sup>50</sup> <sub>Mk.</sub>	29 <sup>75</sup> <sub>Mk.</sub>	33 <sup>00</sup> <sub>Mk.</sub>	38 <sup>50</sup> <sub>Mk.</sub>	42 <sup>00</sup> <sub>Mk.</sub>

## Ca. 400 Herren-Beinkleider

Eleganter Schnitt, Ia. Verarbeitung, helle und dunkle  
Kammgarnstreifen, in allen Grössen sortiert

Durchweg Einheitspreis **7<sup>50</sup>**  
<sub>Mk.</sub>

Obige Posten sind in der I. Etage ausgelegt.  
Besichtigung gern gestattet.

# Rudolph Karstadt, Lübeck.

# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 208.

Sonnabend, den 5. September 1908.

15. Jahrg.

## Von der deutschen Heimatspolitik.

Auf dem Weltmarkte ist der deutsche Weizen jetzt der billigste. Von dieser Billigkeit deutschen Weizens profitieren natürlich nicht die inländischen Konsumenten, der billige deutsche Weizen bleibt dem Auslande vorbehalten. Amerikanischer Redwinterweizen kostet in Hamburg einschließlich Fracht, doch ohne Zoll, etwa 160 Mk., Lapland-Weizen etwa 170 Mk., russischer Weizen stellt sich gleichfalls auf 170 Mk., neuer deutscher Weizen notiert in Hamburg zirka 200 Mk. Will man den Ausfuhrpreis für deutschen Weizen berechnen, so muß man die Zollrückvergütung, die bei dem Export in Form von Einfuhrscheinen gewährt wird, mit 55 Mk. in Abzug bringen, so daß sich ein Ausfuhrpreis von 145 Mk. ergibt. Dieser billige Preis ist nicht etwa nur ein rechnungsmäßiger, der für die Praxis ohne Bedeutung ist, zu diesem Preise wird ein recht flotter Ausfuhrhandel mit deutschem Weizen betrieben. So berichtet die Handelspresse, daß in der vergangenen Woche die in den letzten Jahren äußerst seltene Erscheinung zu beobachten war, daß auch Italien in Hamburg deutschen Weizen gekauft hat. In normalen Jahren kann dieses Land einen großen Teil seines Verbrauchs durch seine eigene Produktion decken, doch in diesem Jahre ist in einzelnen Gebieten Italiens eine Fehlernte zu verzeichnen, so daß es auf eine verstärkte Einfuhr angewiesen ist. Für den Weizenimport nimmt Italien sonst Südrussland und Rumänien in Anspruch, daß es in diesem Jahre auch als Käufer für deutschen Weizen in Hamburg auftritt, ist in erster Reihe der Billigkeit des deutschen Weizens zuzuschreiben, jener Billigkeit, die durch Gewährung von Ausfuhrprämien für Getreide auf Kosten des deutschen Volkes künstlich hervorgerufen wird, das die preiswerte Versorgung des Auslandes mit deutschem Getreide nebenbei noch mit Steuererträgen und Einschränkung seines Brotverbrauchs bezahlen muß.

Das Ausland bekommt nicht nur billiges deutsches Getreide, es bekommt auch deutsches Eisen und deutsche Kohle zu Schleuderpreisen, während dem Inland die höchsten Hochkonjunkturpreise unter dem Schutze der hohen Zollmauern, der Exportprämien und der Syndikatsmonopole erhalten bleiben. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat hat für Abzulieferer nach Belgien den Kohlenpreis um 1 Frank pro Tonne ermäßigt. Das ist nicht die erste Herabsetzung der Auslandspreise, für das Inland traten zum entsprechenden Ausgleich Preiserhöhungen noch im laufenden Jahre ein.

Will man ein vollständiges Bild von der deutschen Heimatspolitik gewinnen, so darf man sich nur einige Verfügungen unserer Heimatspolitik treibenden Regierungen aus jüngster Zeit in Erinnerung rufen. Die preussische Regierung legte den Tiefbaunternehmern, die Arbeiten am dem Bau des Berlin-Stettiner Großschiffahrtskanal übernommen haben, die Verpflichtung auf, keine einheimischen Arbeiter zu beschäftigen. Im Februar 1908 wurde in Preußen die Deutsche Feldarbeiter-Zentrale errichtet, von der sich die in der deutschen Landwirtschaft und Industrie beschäftigten ausländischen Arbeiter Legitimationskarten beschaffen müssen, die stets einen bestimmten Arbeitgeber zugeben. Arbeiter, die eine Legitimationskarte nicht besitzen und auch nicht erlangen können, sind nach der Ministerialverordnung auszuweisen. Über den Zweck dieser Neueinrichtung bestanden nie Zweifel, die ausländischen Arbeiter sollen durch die Polizeikontrolle von den gewerkschaftlichen Organisationen ferngehalten, zu einem unbeschränkten Ausbeutungsmaterial für das Unternehmertum gemacht werden. In dieser Gegenüberstellung zeigt sich die ganze Unversöhnlichkeit, der volle Trevel der

deutschen Heimatspolitik: Dem Ausland billiges deutsches Getreide, billiges Eisen, billige Kohle auf Kosten des werktätigen Volkes in Deutschland, vom Auslande politisch organisiert und überwacht Lohndrückertum und durch die Regierung erzwungene Arbeitslosigkeit deutscher Arbeiter.

## Soziales und Parteileben.

**Verbandstag der Maurer.** Am 4. Verhandlungstage referierte Bömelburg über „Lohnbewegungen und Tarifverträge“. Redner verteidigte in eindringlicher Rede die Haltung des Vorstandes anlässlich der Tariffrage und empfahl als Richtlinien für die Zukunft folgende Leitsätze: „Der zehnte (außerordentliche) Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands erneuert die grundsätzliche Stellung des Verbandes zur Tarifvertragsfrage und beschließt in Rücksicht auf die neuere Entwicklung für die weitere Tätigkeit des Verbandes auf diesem Gebiete folgende Leitsätze: 1. Bei eventuellen zukünftigen zentralen Verhandlungen zum Zweck der Vereinbarung eines Vertragsinstitutes als Grundlage für die Abschließung von Tarifverträgen ist dahin zu wirken, daß a) durch das Vertragsmuster möglichst alle Fragen des Arbeitsverhältnisses, mit Ausnahme des normalen Stundenlohnes, der normalen Arbeitszeit und der Akkordarbeit, zentral geregelt werden; b) Bestimmungen, die mit der Regelung des Arbeitsverhältnisses nichts zu tun haben, in das Vertragsmuster nicht aufgenommen werden; c) die Festsetzung des Stundenlohns, der täglichen Arbeitszeit und ob Akkordarbeit zulässig sein soll oder nicht, den örtlichen Organisationen vorzubehalten bleibt, und d) Tarifverträge nur abzuschließen sind für einzelne Orte oder für mehrere Orte, die gemeinsam ein wirtschaftliches Interessengebiet darstellen. 2. Die Aufstellung von Forderungen ist Sache der Zweigvereine resp. der Sektionen für die Spezialbranchen; die hierzu erforderlichen Versammlungen sind den Mitgliedern frühzeitig unter Angabe der Tagesordnung bekannt zu geben. Die Zweigvereine resp. Sektionsvorstände haben zur Aufstellung von Forderungen eine Vorlage auszuarbeiten und der Versammlung zu unterbreiten. Kommen für einen Tarifvertrag mehrere Zweigvereine respektive Sektionen oder mehrere Organisationen in Betracht, dann haben sich diese über die Forderungen zu verständigen. Die Art der Verständigung ist von Fall zu Fall zu vereinbaren. 3. Lokale Tarifverhandlungen, d. h. Verhandlungen für einzelne Lohngebiete, sind, wenn nichts anderes bestimmt wurde, von den Vorständen der Zweigvereine resp. Sektionen zu führen. Über den Verlauf der Verhandlungen ist den Mitgliedern in Mitgliederversammlungen Bericht zu erstatten; in den Versammlungen ist auch über das Verhandlungsergebnis zu entscheiden. 4. Sind Verhandlungen zu führen für ein Gebiet, das sich über mehrere Zweigvereine resp. Sektionen erstreckt, dann haben diese eine Verhandlungskommission einzusetzen, über deren Stärke von Fall zu Fall Vereinbarungen zu treffen sind. Auch in solchen Fällen ist den Mitgliedern in Mitgliederversammlungen über die Verhandlungen Bericht zu geben. Das Entscheidungsrecht steht ebenfalls den Mitgliedern zu. Abstimmungen sind in allen in Frage kommenden örtlichen Organisationen möglichst an ein und demselben Tage vorzunehmen. Alle abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt; einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Es ist aber auch gestattet, zu vereinbaren, daß die endgültige Entscheidung einer Konferenz der Zweigvereine übertragen wird. 5. Die zentrale Leitung der Lohnbewegung und die Führung zentraler Verhandlungen ist Aufgabe des Vorstandes und der Gewerkschaften; beide gemeinsam können aus ihrer Mitte einen Aktionsausschuss einsetzen. Der Vorstandsvorsitz und die Gewerkschaften (für ihre Gebiete) sind berechtigt, an allen lokalen Verhandlungen und auch an den Verhandlungen für Vertragsbezirke teilzunehmen. 6. Die Entscheidung über das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen im Jahre 1910 steht einem Verbandstag zu, den der Vorstandsvorsitz rechtzeitig einzuberufen hat. 7. Die Be-

stimmungen des Streitreglements werden durch diese Leitsätze nicht berührt.“

Die Diskussion war eine äußerst rege. Einige Redner erklärten sich für, andere gegen den Vorstandsvorsitz. In diesem Tage wurde die Debatte, trotzdem bis 9 Uhr getagt wurde, nicht zu Ende geführt.

Der Verbandstag der Maurer lehnte nach lebhafter Debatte mit 161 gegen 98 Stimmen den Antrag ab, den Sitz nach Berlin zu verlegen.

**Der Unterstützungverein der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe.** Deutscher Geneselferbund, hat bekanntlich auf dem im September 1907 in München abgehaltenen Generalversammlung seine Auflösung beschlossen. Das Vermögen, über 500 000 Mk., soll in der Weise aufgebraucht werden, daß hiervon nur alle die Witwen, Witwen und Kranken weiter unterstützt werden, die am Tage des Auflösungsbeschlusses bereits im Unterstützungsgennusse standen. Die Witwen erhalten wöchentlich 7 Mk., die Witwen 3,50 Mk. und die Kranken 12 Mk. Die neuen nach dem 1. Oktober 1907 eintretenden Unterstützungsfälle werden vom Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe (freie Gewerkschaft) unterstützt, der die Mitglieder des aufgelösten Unterstützungsvorgänger mit allen Rechten übernommen hat. Gegen diese Generalversammlungsbeschlüsse wurden zwei Klagen angehängt. In einem Falle handelte es sich um ein ehemaliges Mitglied, das nicht mit in die Organisation übergetreten ist, sondern in den inzwischen gegründeten „gelben“ Unterstützungsverein „Geneselfelder“ eintrat, der von den Arbeitgebern tatkräftig unterstützt wird. Der Kläger wurde nun nach dem 1. Oktober 1907 krank und verklagte von der Liquidationskommission des Bundes Unterstützung, welche ihm nach den vorliegenden Generalversammlungsbeschlüssen verweigert wurde. Der Kläger klagte deshalb gegen die Art der Liquidation, gegen diese Kassenperrre. Durch Urteil des Landgerichts Berlin I wurde jedoch diese Klage zurückgewiesen. In anderen Fällen hatte ein ehemaliger Invalidentenempfänger die Liquidationskommission verklagt, weil ihm infolge seines vor der Auflösung erfolgten Ausschlusses aus dem Unterstützungsverein „Geneselferbund“ die Witwenrente entzogen wurde. Der Ausschluß war erfolgt, weil er als Gastwirt einen gegnerischen Arbeitsnachweis führte, der vom Bunde gesperrt war und der gegen dessen statutarische Bestimmungen verstieß. Auch diese Klage wurde vom Landgericht Berlin I zurückgewiesen; der Ausschluß besteht somit zu Recht. Beide Urteile haben inzwischen Rechtskraft erlangt, so daß dadurch die obengenannten Generalversammlungsbeschlüsse als gesetlich und unanfechtbar anerkannt sind.

**Unternehmer und Krankenkasse.** In der Berliner Innungs-Krankenkasse der Tischler ist es zu einem heftigen Konflikt gekommen. In der letzten Generalversammlung sollten die Beiträge von 84 auf 96 Pf. erhöht werden. Vor der Generalversammlung hatte der Obermeister der Tischlerinnung Kahardt einen offenen Brief an den Kassenvorstand veröffentlicht, in dem er den finanziellen Niedergang der Kasse, der die Beitragserhöhung erforderlich macht, darauf zurückführt, daß eine große Anzahl der Kassemitglieder die Kasse als Faulkranken und Arbeitslose ausbeuten und die Ärzte mitleidsvoll jeden einzelnen als arbeitsunfähig schreiben.“ Auch die beharrliche Weigerung des Kassenvorstandes trage dazu bei, daß die Kasse sich in einem so verachtlichen Zustande befinde. Die Arbeitgeber würden deshalb den Antrag stellen: 1. Eine dritte Erhöhung der Beiträge findet nur dann statt, wenn sich der Vorstand bereit erklärt, eine durchgreifende scharfe Kontrolle der Kranken durch Anstellung von zwei Arbeitgebern als Krankenkontrolloren vorzunehmen. 2. Wenn mit der Beitragserhöhung eine gleichzeitige Herabsetzung der Leistung stattfindet. 3. Wenn denn Ärzten nachdrücklich zu Gemüte geführt wird, daß sie nur wirklich Kranken die Arbeitsunfähigkeit bescheinigen. Der Kassenvorstand führte die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die Kasse im Augenblicke befinde, nicht zum wenigsten auf die soziale Rückständigkeit der Unternehmer zurück. Gätten die Unternehmer schon früher eine mäßige Erhöhung der Beiträge angenommen, dann wäre es nicht so weit gekommen. Kahardt beharrte dabei, daß die Kranken

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaeker.

(42. Fortsetzung.)

„Noch wichtiger — hm, da bin ich doch gespannt.“  
„Sie betrifft mein ganzes künftiges Lebensglück.“  
„Alle Wetter!“  
„Wie das eines andern mir teuren Wesens,“ fuhr von Bick mit leiser, kaum hörbarer Stimme fort. „Es betrifft — Ihre Tochter.“  
„Meine Tochter? — Suschen?“ riefen beide Gatten erstaunt, und Madame Lischke faltete ihre Hände im Schoß zusammen.  
„Mit einem Wort, Herr Lischke,“ sprang aber der Brautverber gleich mit beiden Füßen in die Sache hinein, „ich bin gekommen, Sie um die Hand Ihrer Tochter zu bitten.“  
„Ach du lieber Himmel, der Herr Baron sind gar zu gütig!“ rief die Frau. Lischke aber warf ihr einen finstern Blick zu und sagte dann:  
„Rechnen Sie ihr die Dummheit nicht an, Herr v. Bick, Sie weiß es eben nicht besser.“  
„Aber Lischke —“  
„Und was Ihren Antrag betrifft,“ fuhr dieser fort, ohne sich weiter irren machen zu lassen, „so freue ich mich, daß Sie so offen und ehrlich und kurz mit der Sache heraustraten. — Ich will Ihnen ebenso kurz und bündig darauf antworten.“  
„Lieber Herr Lischke —“  
„Meine Tochter paßt nicht für Sie.“  
„Aber, Mann —“  
„Und Sie passen nicht für meine Tochter,“ fuhr der unverwundliche Mann ruhig fort.  
„Aber Herr Lischke —“  
„Außerdem hat das Mädchen einen andern im Kopfe, der, wenn ich nicht sehr irre, heute morgen mit ihr gesprochen und schon vorher bei mir um ihre Hand angehalten hat.“  
„Und davon hast Du mir noch keine Sterbensilbe gesagt?“ rief die Frau entrüstet.  
„Weil ich es erst selber kurz vorher erfahren,“ entschuldigste sich Gotthelf, denn Du mußt allerdings darum wissen.

„Aber wenn mich nun Ihre Tochter liebt statt jenen?“ rief Herr von Bick, dem es doch ein höchst fatales Gefühl war, von einem Klempnermeister einen so ungenierten Korb zu bekommen.  
„Susanna liebt Sie?“ sagte Lischke, ihn von der Seite ansehend; haben Sie das Mädchen schon darum befragt?“  
„Ich glaube ihrer Liebe gewiß zu sein,“ versicherte der junge Mann.  
„So-o?“ sagte Lischke gedehnt und sah dem Sprechenden dabei scharf ins Auge, „und haben wahrscheinlich dem dummen Ding allerlei tolles, wahnsinniges Zeug vorgeschwatzt, heh? — für den Alten eine Kohlen- und für die Tochter eine Pulvermine, wäre mir aber lieb.“  
„Herr Lischke, ich kann Sie versichern —“  
„Hören Sie, ich will Ihnen etwas sagen,“ unterbrach ihn jetzt rasch und eben nicht gerade freundlich der Blechschmied. „Gegen Ihre Werbung hab' ich gar nichts; jeder-mann hat ein Recht, bei den Eltern eines Mädchens um deren Hand anzuhaken. Ob die sie ihm dann geben, ist eine andre Sache. Aber dem Mädchen vorher den Kopf zu verwirren, das gehört sich nicht. Hoffentlich wird der Schaden noch zu reparieren sein,“ setzte er etwas ruhiger hinzu: „sowie möchte ich Ihnen aber doch gleich bemerken, daß aus einer solchen Heirat nun und nimmer etwas werden kann.“  
„Aber, Gotthelf, ich bitte Dich um Gottes willen!“  
„Ihre Tochter zählt achtzehn Jahre, Herr Lischke, und hat doch auch wohl ein Wort in dieser wichtigen Sache mit-zureden.“  
„Papperlapapp!“ rief der Alte, „solche junge und unerfahrene Dinger kennen und wissen noch nichts vom Leben und müssen sich auf das verlassen, was ihre Eltern für sie beschließen.“  
„Aber was haben Sie an mir auszusagen?“ rief von Bick gereizt.  
„An Ihnen? — gar nichts,“ sagte Lischke, „nur meine Tochter möchte ich Ihnen nicht zur Frau geben.“  
„Und hab' ich nicht mein Brot?“  
„Weiß ich nicht,“ sagte der Blechschmied hartnäckig, „wenn's aber auch jetzt gerade da wär, blieb's immer eine ungewisse Geschichte. Sie sind Agent in der Stadt, oder wie Sie's sonst nennen, und spekulieren bald hier, bald da, auf alles was vorkommt, selbst aufs liebe Brot. Das geht ein-

mal gut, einmal aber auch schlecht und, sochem ungewissen Kram mag ich mein Kind nicht anvertrauen.“  
„Aber meine Familie zu Hause —“  
„Gerade Ihre Familie ist mit die Hauptsache, daß ich nein sage,“ fiel ihm Lischke ins Wort. „Wenn es Ihnen je einmal wieder einfiel, nach Deutschland zurückzugehen, und Sie kämen dann mit einer Klempnerstochter in die hochadelige Sippschaft hinein, dann möcht' ich nachher das Kaiserkröpfchen von all den alten Schwachtern und Klatsch-schwärzern sehen, und dazu halt' ich doch mein Kind zu gut.“  
„Am Ende schämten Sie sich selbst, keine vornehmere Frau aus Australien mitgebracht zu haben. Nun ja, ich weiß schon an Beteuerungen fehlt es den jungen Leuten bei solchen Gelegenheiten gewöhnlich nicht. Damit lassen Sie die Sache aber nun zu Ende sein! Sie haben meinen Bescheid. Aus der Heirat kann nun und auf ewige Zeiten im Leben nichts werden; also tun Sie mir auch wohl den Gefallen, Herr von Bick, und besuchen uns — wie die Sachen doch nun einmal stehen — nicht wieder.“  
„Herr Lischke, Sie behandeln mich auf eine Art und Weise —“  
„Nichts für ungut, Herr von Bick. Ihr Antrag ist allen Dankes wert, aber, wie gesagt, wir passen nicht zu einander, und das werden Sie dann wohl von selber einsehen, daß fernere Besuche nur dazu dienen könnten, uns zu genieren und mein Kind unglücklich zu machen.“  
„Nein, aber was zu toll ist, ist zu toll!“ rief jetzt die Frau aus, die sich nicht länger halten konnte. — „Schämst Du Dich denn nicht, Mann, mit dem Herrn Baron auf solch schändliche, nichtswürdige Art und Weise zu sprechen?“  
„Kathrine!“ sagte Lischke.  
„Ach was, Kathrine hin, Kathrine her; ich bin auch Mutter und muß für das Wohl und Glück meines Kindes einstehen,“ rief die Frau, „und wenn Du das geradezu mit Füßen von Dir stoßen willst —“  
„Von Bick fühlte, daß jetzt eine eheliche Reaktion zu seinen Gunsten eintrat, die er jedoch am vorteilhaftesten in der Ferne abzumarten gedachte. Überdies fing er an, sich hier nicht mehr wohl zu fühlen, und hielt den jetzigen Moment für einen höchst passenden, sich zu entfernen. Ohne deshalb Frau Lischke ihre Argumente beenden zu lassen, griff er seinen Hut auf und sagte mit einem freundlichen Gruß gegen die beiden:

scharfer kontrolliert werden müßten, während der Kassendebent nachweis, daß schon die strengste Kontrolle gelte. Ein Rechner gab auch die Hauptschuld an der Steigerung der Krankenzahl den Unternehmern, die während der Absperrung dafür gesorgt hätten, daß die jungen gesunden Arbeiter Berlin verlassen und moralisch und körperlich minderwertige Arbeitswillige aus der Provinz an ihre Stelle traten. Auch die Anordnung des Innungsvorstandes, daß bei Arbeitsmangel keine Verkrüppelung der Arbeitszeit, sondern Entlassungen vorgenommen werden sollen, habe viel dazu beigetragen, solche Zustände herbeizuführen. Wenn sich Herr Rabardt an die Ausschichtsbehörde wenden wollte, so sei ihm zu raten, das nicht in so unsfätiger Weise zu tun, wie es in dem offenen Brief geschehen ist. Da der Rechner auf Grund des Vorliegenden, den Ausdruck „unsfätig“ nicht zurücknahm, verließen die Arbeitgeber — unter Führung Rabardts — die Generalversammlung. Die Beitragserhöhung wurde dann mit allen gegen die Stimmen einiger, noch verbliebener Unternehmer angenommen.

Aus dem liberalsten Staat des fortgeschrittenen Süddeutschland. Nicht paßt zu dem Röhmen, daß die süddeutschen Staaten denn doch weit freier seien als die norddeutschen, eine Mitteilung der „Mainzer Volkszeitung“, die zeigt, daß jenseits des Rheins dieselbe Polizeivöllerei herrscht, wie diesseits. Die Aufkündigung des Parteimitgliedschaftsvertrages, daß zur Einleitung der Landtagswahltagung am Sonntag die Massenverbreitung eines Flugblattes stattfinden werde, scheint bei dem Parteimitglied Polizeiagent eine nicht gewöhnliche Aufregung hervorgerufen zu haben. Es sind am Sonntag etwa 20 Flugblattverteiler von den Schulgelehrten notiert worden, obwohl es ihnen garnicht einfiel, die Flugblätter auf der Straße an die Köpfe zu verteilen. Ja, einige Schulgelehrte sind sogar so weit gegangen, Flugblattverteiler zu notieren, die eine Erlaubnis des Polizeiamtes zur Verteilung von Druckschriften vorweisen konnten. Die Bekanntmachung des Polizeiamtes ist aber nicht nur tendenziös, sie ist auch ungesetzlich. Unser Bruderorgan im Darmstadt und wir mit ihm protestieren aufs entschiedenste gegen die Einführung preußischer Polizeigegebenheiten in Hessen, die um so schärfer zu verurteilen sind, als sie in Hessen jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. Es ist aber auch ein politischer Skandal, daß zu derselben Zeit, wo der preussische Polizeistaat sich etwas zu modernisieren beginnt, im „liberalen“ Hessen die Polizeipraktiken aus der Zeit des Ausnahmegesetzes wieder lebendig werden.“

**Der Bildungsausschuß** versendet zwei Publikationen, die für die Bildungsarbeit des bevorstehenden Winterhalbjahrs von Bedeutung sind. Es handelt sich um das Winterprogramm 1908/09, das ausführlich und verständlich die verschiedenen Mittel planmäßiger Bildungsarbeit darlegt. Nach einer allgemeinen Einleitung, in der der Rahmen der Bildungsbestrebungen bezeichnet wird, behandeln die einzelnen Kapitel den Zweck und die Organisation lokaler Bildungsausschüsse, die Einrichtung wissenschaftlicher Wandertourne, die Propaganda für gute Jugendbüchereien, die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken, die Art der Vorträge und Kunstabende. Dem Kapitel der wissenschaftlichen Wandertourne sind die Dispositionen einiger Vortragskurse angefügt; beim Kapitel: Kunstabende, sind eine Reihe Programmentwürfe für künstlerische Veranstaltungen verschiedener Art abgedruckt. Den Schluß bildet der Entwurf eines Arbeitsplanes, für einen lokalen Bildungsausschuß. Die zweite Publikation sind die von diesen Organisationen seit Wochen erwarteten Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken. Sie enthalten als erste Serie 10 Einzelkataloge in der Preislage von 10, 25, 50, 75, 100, 150, 200, 250, 300 und 500 Mark. Die letzte und größte Bibliothek, die außer der letzten Ergänzung von 150 Mark die Bücher aller vorhergehenden Bibliotheken umfaßt, enthält 233 Bücher. Die Parteiliteratur nimmt darunter naturgemäß den größten Raum ein, doch sind auch andere Wissensgebiete, wie Geschichte, Volkswirtschaft, Naturwissenschaft, Philosophie, Technik und belletristische Literatur vertreten. Es ist zu erwarten, daß diese Kataloge das Arbeiterbibliothekswesen, vorläufig besonders das der kleineren Orte, antreiben werde. Doch wird die Anordnung der Bücher auch dem einzelnen, an seiner Weiterbildung arbeitenden Genossen manchen Fingerzeig geben. Die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstr. Nr. 3) sendet den Organisationen (Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Gewerkschaftsstellen, einzelnen Gewerkschaften, Arbeiterbibliotheken) beide Drucksachen auf Wunsch zu. Die beim Bildungsausschuß gebildeten Organisationen erhalten die Drucksachen ohne Auforderung zugesandt.

**Zur Budgetbewilligung.** Die in der vorigen Woche vertagte Parteiversammlung in Nürnberg fand ihre Fortsetzung und nahm einen lebhaften Verlauf. In der ausgedehnten Debatte fanden die beiderseitigen Meinungen erschöpf-

fenden Ausdruck, und es wurde schließlich von den vorliegenden fünf Resolutionen eine angenommen, in der die Versammlung die Überzeugung ausdrückt, daß die Fraktion — unseren Grundsätzen entsprechend — bei allen Gelegenheiten sich des verlässlichen Volkes angenommen und für dasselbe zu kämpfen bestrebt war, was unter den heutigen Verhältnissen möglich ist. Die Versammlung erblickt in der Zustimmung zum Budget keinen Verstoß gegen die Gesamtpartei, ist vielmehr der Auffassung, daß die Genehmigung die konsequente Folge der praktischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten darstellt. Damit soll den beiden Abgeordneten, die sich der Abstimmung enthalten haben, kein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden, da die Überbeziehung zweifellos auch eine andere Auffassung zuläßt. Die Versammlung billigt den Inhalt der Fraktionserklärung zum Finanzgesetz und erwartet vom deutschen Parteitag, daß er die sachliche und praktische Tätigkeit der bayerischen Landtagsfraktion ebenso sachlich beurteilt und eine Entscheidung trifft, die die zukünftige Tätigkeit der bayerischen Genossen im Landtag wie im Lande nicht erschwert.

**Lustbarkeitssteuer für eine Beerdigung.** Am Sonntag wurde in Eichlinghofen bei Dortmund der verstorbene Genosse Lange begraben. Der dortige Volksverein gab ihm mit Fahne und Musik das letzte Geleit. Auf dem Wege zum Friedhof mußte nun eine Stelle passiert werden, an der ein Kriegerdenkmal eingemeißelt wurde. Die Polizei befahl darum der Musik, das Spielen im Zeichenzuge zu unterlassen, damit der Herr Landrat nicht in der Festrede gestört würde. Dem Befehle wurde indes nicht entsprochen, weil 40 Meter hinter dem Trauergefolge der Festzug mit Panzen und Trompeten anrückte. Der Vorkühende, Genosse Stuhler, bekam wegen angeblicher Übertretung des Vereinsgesetzes (?) ein Strafmandat von 30 Mk. zugestekt und wurde aufzufordert, für das Spielen im Zeichenzuge extra noch 30 Mk. Lustbarkeitssteuer zu zahlen. Kommentar überflüssig!

**Genossenschaftsbewegung.**

**Zum Kapitel: Verbot der Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen.** Der Minister der bayerischen Verkehrsanstalten von Frauendorfer hat kürzlich in der Kammer der Abgeordneten in sehr energischer Weise gegen die Terrainpekulation Stellung genommen und dabei zum Schluß bemerkt:

„Wir sind daran, die Gehälter unserer Beamten aufzubessern und den Arbeitern ganz erhebliche Zulagen zu geben. Es handelt sich um viele Millionen, an denen das Land schwer trägt. Und was ist schließlich der Effekt? Es ist nicht ganz unrichtig, daß die Verbesserungen, die wir den Arbeitern und Angestellten zuwenden, zum Teil eskontiert sind und vielleicht in naher Zeit wieder eskontiert werden, und was wird dann die Folge sein? In welche Lage kommen wir dann? Es ist selbstverständlich: in ganz kurzer Zeit werden wir wieder in den Beutel greifen müssen, während wir heute von dem Gedanken ausgehen, es soll einmal auf lange Zeit hinaus mit der Aufbesserung der Angestellten sein Bewenden haben.“

Mit diesen Ausführungen wollte der Minister die Hausbesitzerorganisationen treffen, die jede behördliche Maßnahme gegen die Terrainpekulation stets als einen Eingriff in ihre „heiligsten“ Rechte hinstellen. Für uns haben die Ausführungen infolens Interesse, als sie in gleicher Weise für die ungeheure Echar der Lebensmittelhändler zutreffen, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht, wie oft behauptet, durch die noch immer zunehmende Konkurrenz in den eigenen Reihen gehoben, sondern vielmehr geschwächt wird. Mit verminderter oder, was das gleiche ist, zurückbleibender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit geht aber Hand in Hand eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Suchen nun die staatlichen Beamten und Arbeiter mit ihren gewiß nicht übermäßig hohen, öfter sogar recht kargen Einkommen durch Anschluß an die Konsumvereine haushalterischer zu wirtschaften, so sind die sogenannten Mittelständler eifrig bemüht, die Regierungen dahin zu beeinflussen, daß sie ihren Beamten und Arbeitern die Mitgliedschaft bei Konsumvereinen verbieten. Der schließliche Effekt ist hier der gleiche wie auf dem Terrainpekulation unterworfenen Gebiete des Wohnungsbaues. Verbietet der Staat den Beamten und Arbeitern die Mitgliedschaft bei den Konsumvereinen, so wird er in Kürze wieder in den Beutel greifen müssen.

**Die neuesten Rabattsparrvereinsprojekte zur Hebung des Kleinhandels** sind die sogenannten Verteilstage, die zur Anlockung eines größeren Fremdenstromes in eine Stadt dienen sollen. Diese Verteilstage sind so gedacht, daß auf

allen Linsen Gytragige mit billigen Fahrgelegenheiten nach einer Stadt abgelaßen werden. In der Stadt selbst sollen auf den größeren öffentlichen Plätzen Konzerte stattfinden, das Rathaus und die Museen zur unentgeltlichen Besichtigung freigegeben werden und am Abend die Denkmäler und öffentlichen Gebäude in feenhafter Illumination erstrahlen; auch sollen die Theater und Varietes Vorstellungen veranstaltet. Die Kleinhändler selbst sollen ihre Schaufenster wirksam dekorieren und abends effektiv beleuchten. Solche Verteilstage haben bereits in Wiesbaden, Eberfeld, Darmen und in Mainz stattgefunden, und wie die Kleinhändlerischen Blätter berichten, ist die Mühe der Geschäftsinhaber durch eine außerordentlich große Kaufkraft belohnt worden. Jetzt rüstet der Rabattsparrverein in Augsburg zu einer ähnlichen Veranstaltung. Und das alles um des lieben Profits wegen!

**Die Bananen.**

In den Erdgebieten der heißen Zone und ganz besonders auf den Inseln des Stillen Ozeans hat die Banane für die Bewohner die gleiche Bedeutung wie das Getreide für uns, und die dort lebenden Menschen können mit diesem Lauchwerk zufrieden sein; denn die Banane ist viel, viel ertragreicher, als die Hauptnahrungsmittel der Kulturwelt; Weizen und Kartoffeln. Sie ist 133 mal fruchtbarer als der Weizen und 44 mal fruchtbarer als die Kartoffel; das heißt, ein Feld, das 33 Pfund Weizen oder 99 Pfund Kartoffeln abwürfe, würde 4000 Pfund Bananen bringen, ohne auch nur entfernt so viel Arbeit zu erfordern. Dabei läßt sich die Banane in der vielseitigsten Weise verwenden. Im rohen Zustand bildet sie ein ebenso erquickendes wie aromatisches Obst. Geschält in der Mitte gespalten, etwas gezuckert und in Butter gebraten, liefert sie eine vorzügliche Speise. Die Tropenbewohner genießen die zarten jungen Schößlinge geodcht mit Vorliebe als Gemüse, dergleichen die unreife Frucht, so lang sie grün ist. Ein überaus nahrhaftes Gericht ergibt das schwammige, stärkehaltige Mark des zerstoßenen und geodchten Stengels. Aus dem gepressten und gegorenen Saft wird ein dem Apfelwein ähnlich schmeckendes Getränk gewonnen. Diese herrliche Frucht wächst auf einer krautartigen Pflanze, die baumförmig wachsend, 4 bis 5 Meter hoch wird und nicht bloß zu den nahrhaftesten und nützlichsten, sondern zugleich zu den schönsten Pflanzen der Erde gehört. Ihre leibentartig glänzenden, über 3 Meter langen und 60 Zentimeter breiten Blätter mit ihrem frischen, saftigen Grün und der Farbenshmelz ihrer meterlangen Blumen schaffen eine wunderbar schöne Farne Wirkung, die noch keines europäischen Künstlers Stift erreicht hat. Der Stamm stirbt nach der Fruchtzeit ab, worauf sofort schnell wachsende Seitensprossen entstehen, die schon nach einigen Monaten Früchte tragen, so daß eine einzige Pflanze deren im Jahre an 100 Kilogramm liefert. Diese Leichtigkeit, mit der die Pflanze wieder neu emporsteht, gibt ihr einen großen Vorzug selbst vor dem Brotfruchtbaum, der zwar jedes Jahr 8 Monate lang Früchte trägt, aber, einmal zerstört, sich nur langsam erheben läßt.

Was den Versand der Bananen betrifft, so kommt es dabei in erster Linie auf möglichst schnelle Beförderung an, da die Früchte sehr leicht verderben. Selbstverständlich werden alle Früchte in unreifem Zustand verschickt. Neuerdings hat man Dampfschiffe gebaut, die eigens für den Export von Bananen nach Europa eingerichtet sind. Ein solches Schiff faßt etwa 60 000 Fruchtbündel; es hat besondere Vorrichtungen an Bord, die es ermöglichen, die Bananen während der Reise einer gleichmäßigen Temperatur auszusetzen. Eine englische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat nicht weniger als 16 solcher Schiffe in Betrieb, die das ganze Jahr hindurch wöchentlich zweimal Jamaica-Bananen nach England fahren. Sobald ein Schiff im Hafen angekommen ist, wird die ganze Ladung im Verlaufe von 24 Stunden gelodcht.

Der englische Fachmann Clarke Nutall weist ferner darauf hin, daß die Faser dieser herrlichen Frucht auch in der Textilindustrie bald ausgedehnte Verwendung finden dürfte, macht man doch in ihrer Heimat aus den Fasern der Blattstiele Seile, Schuiriemen und Tauwerk (Manilahanf). Sogar ein recht gutes Papier ließe sich aus ihr gewinnen. Da der Saft der Marae sehr viel Lannin enthält, wäre er zur Herstellung trefflicher Linte und Stiefelwache geeignet. Das aus den Blättern tropfende Wachs könnte ebenfalls gewerblich ausgenutzt werden.

In Amerika und England hat die Einfuhr von Bananen in den letzten Jahren einen großartigen Aufschwung genommen. Im Jahre 1881 importierte England zum eigenen Gebrauch nur 10 000 Fruchtbündel; heute dagegen führt eine einzige Handelsgesellschaft jährlich etwa 10 Millionen Fruchtbündel ein. Mit Recht meint Clarke Nutall, daß die Banane bei richtigem Anpassen der Sache auch in Europa das Hauptlebensmittel werden könnte. Er weist ferner den ersten

Ich verlasse Sie jetzt — und zwar noch immer nicht ohne alle Hoffnung. Überlegen Sie sich meinen Antrag noch einmal reiflich, verehrter Herr, sprechen Sie mit Ihrer Tochter darüber und lassen Sie mich dann, und wenn es auch erst in einigen Tagen wäre, Ihren Entschluß darüber wissen.“

„Meinen Entschluß haben Sie,“ jagte Lischte.  
„Ich will ihn als noch nicht ausgesprochen betrachten,“ wehrte von Ried ab. „Bedenken Sie, daß es sich hierbei, wie Madame sehr richtig bemerkt, um das ganze künftige Glück Ihres einzigen Kindes handelt, und das verlangt doch zum wenigsten Überlegung. Leben Sie bis dahin wohl, und seien Sie versichert, daß ich Ihnen keins der hier gesprochenen Worte, obgleich sie für mich ein wenig rauh geklungen haben, übel nehmen und nachtragen werde. Einer späteren Zeit ist es vielleicht vorbehalten, Ihnen eine bessere Meinung von mir zu geben.“

Er verbeugte sich gegen die beiden Eheleute und verließ, während ihm Lischte in allem Argir kaum den Gruß erwiderte, rasch das Zimmer. Drinnen aber begann jetzt zwischen Gotthelf und Katharine eine Szene, die sonst in ihrem häuslichen Leben zu den Seltenheiten gehörte, da sich die Frau fast in allen Dingen dem Feis sehr entschieden ausgesprochenen Willen ihres Gatten fügte. Hier aber hielt sie es für ihre Schuldigkeit, der eheherrlichen Autorität auf das entschiedenste entgegenzutreten, und ihr Barn wägte sich keineswegs, als sie den Namen des für Euzanna beabsichtigten Sidams erfuhr. Christian Sellung war ihr immer ein sehr lieber Mensch gewesen, der sie seines Fleißes und seiner Redlichkeit wegen hochachtete und schätzte, aber hier war die Ansicht, daß ihr Zuzugel, ihre Euzanna, eine Frau Baronin werden sollte, und das konnte das Mutterherz nicht überwinden.

Endlich wurde sogar Euzanna herbeigerufen, die, so gut sie es verstand mit ihrer Mutter umzugehen, den Vater und seinen harren, unbengiamen Willen doch fürchtete, und Lischte, sonst ein jecken-guter Mann, der gar nicht daran gedacht hätte, sein Kind zu irgend einer Verbindung zu zwingen, arbeitete sich durch den Widerspruch der Frau zuletzt in einen solchen Grinn hinein, daß er erklärte, Euzanna müsse, nur um den Bewerbungen dieses lustigen Barons, des Herrn von Ried zu entsagen, den Töchter Christian heiraten.  
„Das fehlte mir noch,“ hatte er als letzten Krampf

hingugelegt, „so einem adeligen Leutnant von Nichts und Hörgen in unserer Familie, daß die sauer ersparten Schillinge wieder in Pfunden zum Fenster hinausfliegen. O ja, den Frauenleuten steckt der Baron im Kopfe, Frau Baronin werden, o, daß Dich der helle Teufel mit Deiner Eitelkeit hole, Weib! Kommt hierher und will mich erst anborgen auf seinen Steinhöhlenstuhmel, und nachher, wie er sieht, daß das nicht geht, verlangt er die Tochter. Komm Du mir nur wieder — Du Windhund Du, Dir will ich die Tür weisen nach echter Klempererart!“

Das Resultat blieb, wie gewöhnlich, daß Meister Lischte seinen Willen durchsetzte, der Tochter die bittersten Vorwürfe machte, dem Lassen auch nur eine Idee von Hoffnung geben zu haben, und die Mutter so kurz abfertigte, daß diese sich in ihren Lehnstuhl setzte und zu ihrer letzten, heut aber ebenfalls erfolglosen Hilfe, zu Tränen ihre Zuflucht nahm. Lischte rief dann die Frau Hobburg wieder herein, um der ihm fatal werdenden Familienzene ein Ende zu machen, und setzte sich in der Werkstätte an seinen Amboss, auf dem er aus Leibecksträften zu hämmern anfing.

XIX.  
Der Fremde.

Frau Hobburg hatte wieder ihren Sitz am Fenster eingenommen, aber das Kind erst beruhigen müssen, das sich, erschreckt durch den ungewohnten Lärm im Hause, an sie schmiegte und bitterlich weinte. Endlich müde geworden, legte es sein Köpchen auf der Mutter Schoß und schlief da ein, und die Frau bettete es zu ihren Füßen auf den harten Boden, indem sie ihm nur das eigene dürftige Umhüllende als Kopfkissen unterlegte. Das Kind schlief da so sanft wie in seinem Bettchen. Sonst hätte das freilich Frau Lischte, die das kleine liebe Ding von Herzen gern hatte, nicht zugegeben. Heute gingen ihr aber andere Dinge im Kopfe herum, und sie ließ zuletzt sogar ihr Spinnrad im Stiche, um in ihre Kammer zu gehen. Sie wollte den Mann, der ihr und der Tochter heute, ihrer Meinung nach, solch schweres Herzleid angetan, gar nicht mehr sehen. Euzanna hatte ebenfalls das Zimmer verlassen.  
Eine Stunde etwa mochte so vergangen sein. Lischte pochte noch drinnen auf das Blech los, daß die Funten davonflogen, und Gesellen und Lehrlinge arbeiteten ebenfalls, so lange ihnen der Meister mit solchem Beispielen vor-

angig, mit eisernem Fleiß, als ein Fremder an dem Hause vorüberging, stehen blieb, die kleine Wohnung betrachtete und dann auf das Fenster zukam, an dem die Frau mit ihrem Nähzeug beschäftigt war. Es schien, als ob er diese erst hätte anreden wollen, aber er besann sich anders und schritt gerade auf die Werkstätte zu, die er öffnete und sofort betrat.

Der Lehrling hatte durch das eine Fenster den Fremden kommen sehen und meldete es dem Meister, der aufstand um ihn zu begrüßen und zu fragen, was er wünsche. Es war ihm jetzt gerade recht, daß jemand kam, mit dem er vielleicht ein halbes Stündchen verplaudern konnte, wurde er doch dadurch wenigstens die fatalen Gedanken los.

Möglicherweise hatte der Fremde ein Geschäft mit ihm, aber wenn auch nicht, so wird Gastsfreundschaft in Australien doch so allgemein und unbedingt gelbt, daß jeder Fremde — die größeren Städte vielleicht ausgenommen — getrost irgend ein Haus betreten und sich verständig sein kann, freundlich aufgenommen zu werden.

Der Fremde übrigens, der hier an Lischtes Tür klopfte, war ein alter Bekannter von uns, der seinen Weg durch Burch und Wildnis glücklich in diesen dichtbesiedelten Teil von Südastralien gefunden — Mac Donald — und doch hätten ihn wohl kaum, wie er jetzt das Haus betrat, selbst seine alten Bekannten und Freunde auf Howells Farm wiedererkannt.

Der Squatter hatte sich in einen Städter verwandelt, mit dunkeln, anständigen Tuchkleidern und leichten, gestrickten Stiefeln. Der starke Bart war verschwunden bis auf einen kleinen, kurz geschneittenen Badenbart, das Haar ebenfalls verschnitten, und eine lichtblaue Brille, welche die Augen verdeckte, machte das Gesicht fast ganz unkenntlich. Nur die Buschmütze frug er noch, einen Hut hatte er natürlich in der Satteltasche nicht fortbringen können, und diese letztere, die ziemlich leer und leicht geworden war, hing über seinem linken Arm.

„Womit kann ich Ihnen dienen?“ fragte Lischte, als der Fremde durch seine Werkstätte das Haus betrat, indem er ihn freundlich, aber doch nicht ohne ihn scharf von oben bis unten zu betrachten, grüßte. Wegen alle modisch gekleideten Leute hatte er meistens von vornherein eine Art Mißtrauen, bis er erst wußte, woran er mit ihnen war.  
(Fortsetzung folgt.)

Mang unter den Vegetabilien an, denn sie ist erwiesenermaßen 2mal nahrhafter als unser Weizenbrot und 44mal nahrhafter als die Kartoffel, also zweifellos berufen, in der Volksernährung der Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen. Sie müßte ebenso getrocknet und in Mühlen zermahlen werden, wie die Körnerfrucht. Der Nährwert des Mehles wäre derselbe wie der des rohen Obstes, und der Vorteil des Mehles würde sein, daß es leichter verdaulich wäre, als die relativ unhaltbare Frucht selbst. In Chicago, wo sich jüngst eine Fabrik dafür aufgetan hat, ist man schon jetzt gern und viel Bananendrot.

Ausgezeichnet schmeckt auch die Bananenmarmelade. Die in Ostindien wohnenden Engländer, die eine so große Vorliebe für Fritters oder auch in Fett ausgebackene Früchte und Gemüse hegen, haben dort auch die Bananenfritters eingeführt. Das Rezept dürfte speziell unsere Leserinnen interessieren. Man bereitet einen dickflüssigen Ausbackteig aus 200 Gramm Mehl, einer Prise Salz, einem Ei-

löffel voll geklärt Butter, drei zerquälten Eiern, einer halber Tasse Milch und einem Löffel voll Brandy, taucht die in beliebige Stücke zerschnittenen Bananen hinein und bäckt sie in reichlichem heißen Speck oder Öl. Wenn sie auf beiden Seiten hellbraun gebacken sind, nimmt man sie heraus, läßt sie abtropfen, bestreut sie mit Zucker und richtet sie an.

Die Banane hat sich bei uns noch so wenig eingebürgert, daß selbst Obsthändler, die sich doch darauf verstehen sollten, beim Einkauf die unreife grüne oder grünliche Frucht der ausgereiften gelben Frucht vorziehen. Und das kaufende Publikum weiß im allgemeinen die reife Frucht noch weniger zu würdigen, glaubt vielmehr, daß die Frucht verdorben sei, sobald die Schale die schwarzen Flecken aufweist. Im Gegenteil: die dunkelgelbe, mit schwarzen Flecken versehene Banane ist die beste und wohlschmeckendste. Kenner behaupten, daß die Banane überhaupt nicht reif werden kann. In Westindien ist man sie am liebsten,

wenn sie so weich ist, daß man sie mit dem Finger essen muß.

### Humoristisches

Am Stammtisch. A.: „Seit 5 Jahren bin ich verheiratet, aber ja gar nicht mehr zu sehen. Wie mag's ihm gehen?“ B.: „Gute Nacht doch früher immer zu verfahren, daß in 5 Jahren die Frau nicht den Keigen umwerfen sollte.“ — A.: „Das tut sie auch nicht, sie läßt ihn ruhig vorangehen: sie geht nur hinter ihm und hält die Zügel.“

Frau Spitz: „Was soll denn das schwarze Band um deinen Hut?“ — Herr Spitz: „Ich traure um deinen ersten Mann. Es tut mir leid, daß er gestorben ist.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarzb. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck

**Luise Wiede**  
**Gustav Hinrichsen**  
Verlobte.  
Lübeck. Schleswig a. B. Lübeck.

Zum 1. Oktober ein leeres heizbares  
**Parterre-Zimmer mit Keller**  
zu vermieten. Schwartzauer Allee 131, part.

**Ein freundl. heizb. Logis**  
zu vermieten. Schützenstraße 47, II.

**Gesucht zu sofort ein Anecht**  
in Wochenlohn. J. Meyer, Viehhändler, Mori bei Stockedorf.

Ein Tapezierlehrling,  
ein Tischlerlehrling  
zu Michaelis oder Ostern.  
**Geb. Rehm, Möbel- u. Dekorationsgesch.**  
Lübeck, Johannisstraße 41.

**Zu kaufen gesucht Babywäsche**  
Angebote unter **HD 12** an die Expedition dieses Blattes.

**Diverse Möbel**  
billig zu verkaufen  
**Johannisstraße 41.**

**Kolonialwaren-Einrichtung**  
billig zu verkaufen  
**Marlesgrube 46.**

**1 antiker Koffer**  
billig zu verkaufen. Schützenstraße 20, II.

**2 Herren-, 1 Damenrad**, neu, mit voller Garantie, **1 gebrauchtes Damenrad**, Mäntel, Schläuche, Glocken, Laternen, Luftpumpen etc. spottbillig zu verkaufen wegen Aufgabe des Geschäfts. **Marlistraße 23a.**

Ein sehr gut erhaltener schwarzer Schrock ist zu verkaufen. Schützenstraße 40, I.

**1 Flügelstirn mit Glasröhren**  
zu verkaufen. Reiterstraße 26 a.  
**Fahrrad mit Freilauf u. Rücktrittbr.** billig zu verkaufen. **Watenhäger 5.**

**3. u. e. zerlegb. Tür. Kleiderschr.** 16 Mk., **1 u. 2. Küchenschr.**, a 5 Mk. **Fünfhausen 24, II.**

Zu verk. ein wenig gebr. **Kinderwagen** m. Gummireifen, Preis 13 Mark. **(Schw. 38a, I.**

**2 Betonpfeiler für Eisengitter**  
billig zu verkaufen. **Fächtingstr. 4.**

Zu verkaufen Schloßford, Gefellenoffer, 1 Tisch, Sportwagen mit Gummireifen. **Daselbst ein fl. Dauerbrandofen z. kauf. gesucht.** **Ritterstraße 8a.**

**Brief- und Kassetuben**  
zu verkaufen. **Büllowstraße 13, I.**  
Zu verk. rebhühnsfarb. und weiße Italiener **Sähne** sowie **Kassetuben.** **Arnimstr. 42b.**

**Nusgeäumte Haare** kauft  
**Max Prien, Rosenstraße 1.**

Der Reiter, der am Dienstag nachmittag auf **Dremstump Nr. 21** gesehen hat, wie das kleine Kind überfahren wurde, wird ersucht, sich daselbst als Zeuge zu melden.

**Adolf Hübner**, Uhrmacher u. Goldschmied, arbeit. **Fünfhausen 13.**

**Merztlicher Sonntagsdienst**  
am **6. September 1908.**  
**Dr. Feldmann.**  
**Dr. Pée.**  
**Dr. Schnoor.**

**Dr. med. Schlomer**  
zurück am **6. September.**

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, erschien soeben:  
**Frauenleiden**  
und deren Verhütung.  
Nebst einem Anhang:  
**Die Verhütung der Schwangerschaft.**  
Von **Dr. J. Zadek.**  
Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**

# Kredit-S. Sachs

Inh.: **J. Wangenheim, Lübeck, Am Klingenberg. Schmiedestr. 2.** Keller, part., I., II. u. III. Etg., Senffisches Haus.

<b>Eigene Maler-Werkstatt.</b>	<b>Größtes Geschäft dies. Art am Platze.</b>	<b>Eigene Polster-Werkstatt.</b>
<b>Möbel.</b> Einzelne Teile <b>Anz. 5</b> Mk. von an. <b>Abz. 1</b> Mk. von an.	<b>Herren.</b> Knab.-Garderobe <b>Anz. 3</b> Mk. von an. <b>Abz. 1</b> Mk. von an.	<b>Damen.</b> Konf. u. Kleiderst. <b>Anz. 2</b> Mk. von an. <b>Abz. 1</b> Mk. von an.
Lieferung durch eigene Wagen <b>ohne Firma</b> frei ins Haus.		<b>Alte Kunden erhalten Ware ohne Anzahlung.</b>
Jeder Käufer kann die Zahlungen nach seinem Einkommen selbst bestimmen.		

# St. Lorenz - Dampfbackerei

**Schwartauer Allee 16a**  
Inhaber: **Daniel Bornemann**  
Empfeht alle Arten der Grob-, Fein- und Wiener Bäckerei in nur tadelloser Ware zu den gangbarsten ortstäblichen Preisen.  
Aufträge finden prompteste Erledigung.

## Ueber die Erzeugnisse der Fahrenkruger Brotfabrik G. m. b. H., vorm. Th. Severin, in Fahrenkrug in Holstein

hat das Gewerkschaftskartell in Segeberg in seiner Sitzung vom 9. Juni **den Boykott beschlossen.**  
Wir wenden uns nun an die organisierte Arbeiterschaft der Provinz Schleswig-Holstein, sowie von Hamburg und Lübeck, **die Erzeugnisse dieser Fabrik an Brot und Zwieback bis auf weiteres nicht zu konsumieren.**  
**Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgen. Deutschl.**  
(Zahlstelle Segeberg.)

**Meine Pfand-Auktion**  
ist am **14. und 15. September** bei Herrn Ahrens, **Marlesgrube.**  
**L. S. Baruch, Pfandleiher.**  
Prolongation nur bis **9. September**, später unmöglich.

 Habe mit dem heutigen Tage mein Geschäft wieder eröffnet.  
**Friedrich Hennings,**  
Rohschlächtere mit Kraftbetrieb **Fackenburg 101.**

**Heringskisten**  
Stück 10 Pfg. **Ernestinenstraße 3.**  
**Eimerbier**  
jeden Mittwoch und Sonnabend abend bis 9 Uhr.  
**Ed. Nickels, Wahnstr. 31.**

**Beerdigungs-Institut Pietät H. Grimm**  
Wickestraße 49. **Ferruf 1424.**  
Uebnahme ganzer Beerdigungen. Ueberführungen mit eigenen Transportwagen. Großes Lager von Särgen und Einwicklungen jeder Art.

**Täglich in allen Verkaufsstellen:**  
**Frisches Kraft-Dauer-Brot.**  
**C. Siemers, Struckmühle.**  
Kernrecher 1110

  
**Matjesbruchheringe**  
empfeht  
**H. H. Holtermann,**  
Marliwiete 4.

## Wer ist Demokrat?

Die bürgerliche Demokratie tritt ein für die Gleichberechtigung aller Bürger; sie verlangt die Zulassung aller Befähigten zu den Staatsämtern ohne Rücksicht auf Abstammung und Religion. Sie will die Trennung der Kirche vom Staat und Befreiung der Schule von kirchlicher Aufsicht. Sie fordert die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen, unbeschränkte Selbstverwaltung in den Kommunen, die allgemeine Volksschule und eine sozial-fortschrittliche Kommunalpolitik. Die Demokratie erstrebt die Abschaffung aller Zölle auf notwendige Lebensmittel, Rechtsprechung ohne Ansehen der Person und volle Koalitionsfreiheit für alle Arbeitnehmer. Sie fordert eine wahrhaft konstitutionelle Regierung, weitgehende Einwirkung des Parlaments auf die auswärtige Politik und unbeschränkte Freiheit für Wissenschaft und Kunst. Keinem Bürger, keinem Beamten dürfen aus seiner politischen Betätigung Nachteile erwachsen. Die Demokratie tritt ein für die Rechte der Frauen. Kurzum: Die Demokratie ist die Gerechtigkeit! Die Demokratie ist die Freiheit! Wer diesen Anschauungen zustimmt, lese nur die

zweimal täglich erscheinende

**Berliner Volks-Zeitung**  
mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt  
**80 Pfennig monatlich**  
bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches  
**Expedition der Berliner Volks-Zeitung**  
::: Berlin SW. 19, Jerusalem Strasse 46-49 ::: :

**Billige böhmische Bettfedern!**  
 10 Pfd.: neue geschlossene Mk. 8.—, bessere Mk. 10.—, weisse daunenweiche geschlossene Mk. 15.—, Mk. 20.—, schneeweisse daunenweiche geschlossene Mk. 25.—, Mk. 30.—. Versand franko, zollfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme gegen Portovergütung gestattet.  
**Benedikt Sachsel, Lobes 140,**  
 bei Pilsen, Böhmen.

**Carl Folkers**  
**Möbel-Magazin**  
 25 Marlesgrube 25.  
 Vollständige Wohnungseinrichtungen.  
 Selbstgefertigte Arbeiten.  
 Größte Auswahl.  
 Billigste Preise.  
 Nettgehendste Garantie.  
 Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.  
 Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.  
 Teilzahlung gestattet.  
 Bei Barzahlung Rabatt.  
 Gebe rote Lubeca-Marken.

  
 St. Lorenz erstes u. ältestes  
**Motor- und Fahrradhaus**  
**H. Benthien**  
 Fackenburg Allee 53.  
 Grösste Reparaturwerkstatt.  
 Eigene Vernickelungs- und Emailier-Anstalt.  
 Vertreter der Claes Piel und Naumanns Germania-Fahrräder.

Durch Zufall kaufte ich große Posten  
**Herren-, Damen- und Kinderstiefel**  
 in Vorkauf- u. Chevreau-Leder und verkaufe dieselben zu nachstehend billigen Preisen:  
 Herren-Stiefel . . . . . v. 7.75 Mt.  
 Damen-Stiefel . . . . . v. 5.75  
 Kinder-Stiefel . . . . . 23-24 3.50  
 . . . . . 25-26 4.00  
 . . . . . 27-30 4.50  
 . . . . . 31-35 5.25  
 Sämtliche Waren sind mit guter Lederkappe und Brandsohle versehen; leisten für selbige volle Garantie für gutes Tragen. Ferner empfehle sämtliche Schuhwaren in dauerhaften Qualitäten zu den billigsten Preisen.  
**J. Musfeldt, Arminstr. 2b.**

**Wo ist in Lübeck**  
 die beste Reparaturwerkstatt u. Bezugsquelle für  
 Fahrräder und Nähmaschinen?  
**Bei Walter Schmidt,**  
 obere Johannisstr. 9.

**Willy Koch,**  
 Bahntechnik, Lübeck, Holstenstr. 21.  
**Zahn-Atelier**  
**Karl Seeler**  
 Breitestr. 85/87 I (Ecke Huxstr.)  
 Es ist Tatsache, daß ich die meisten Verlobungs-Ringe an meine Arbeiter-Schicht verkaufe.  
**G. Greutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.**  
 Jeder Wiederverkäufer mache einen Versuch mit den Fabrikaten der 1825 gegr. Engfabrik von H. L. Wiegels vorm. J. C. Bange, deren Spezialitäten konj. Sonntags und Weisefing sich großer Beliebtheit zum Einmachen erfreuen.  
 Außerdem betreibt diese Firma ebenfalls **Hübscherbe 61** eine **Frühjahrs-Größhandlung** und **Marinier-Anstalt** und bietet sie alle Wiederverkäufer, einen Versuch mit ihren vorzüglichen **Ratjes- und Salzheringen** sowie **Roskops, Bismarck, Delikatess, Esch** und **anderen Feinigkeiten** zu machen. **Verfügung** jederzeit gestattet und kein **Kompromiß**. Die Preise sind **außerordentlich billig** gestellt, daher überzeuge sich jeder Wiederverkäufer selbst.

**Modernes Waschmittel**  
**Persil**  
 garantiert unschädlich  
 kein Chlor  
 kein Reiben  
 vollständig ungefährlich  
 kein Waschbrett  
 kein Bürsten  
 Für jede Waschmethode passend  
 alleinige Fabrikanten auch der weltbekanntesten  
**Henkel's Bleich-Soda**  
 Henkel & Co. Düsseldorf

**Moisling.**  
 Öffentliche Land-Verpachtung,  
 ca. 92 Scheffel, am Sonntag, d. 6. Septbr. 08,  
 morgens 11 1/2 Uhr. **Joh. Schiering.**

**Goldene u. silb. Uhren**  
 gut und billig.  
**L. S. Baroeh,** Pianbleibgeschäft  
 Magdalenstraße 33.

**W. Dieckelmanns Gasthof**  
**Kücknitz.**  
 Am Sonntag, den 6. September 1908:  
 Großes  
**Tanzkränzchen**  
 von 4 bis 12 Uhr.  
**Berein für Gesundheitspflege**  
 Sonntag, den 6. September:  
 Wanderung durch die Heide nach Karlshof  
 Abmarsch 2 1/2 Uhr Marienferne.  
 Sonntag, den 13. September: **Spießfest**

Morgen Sonntag, den 6. September:  
  
**Großes Hunderennen**  
 in Israelsdorf auf der Wiese von H. Wendt.  
 Kasseneröffnung 3 Uhr. Während des Rennens: Anfang 4 Uhr.  
**Grosses Konzert.**  
 Nach dem Rennen in allen Lokitäten: Tanzkränzchen. Abends: Gr. Illumination.  
 Karten im Vorverkauf für Tribünenplätze bis mittags 12 Uhr in den Zigarrengeschäften von **Carl Lohmann, Holstenstr. 41, Hugo Becker, Breitestr. 75, John Jacobsen, Gr. Burgstr. 7.**

**Leukefelds**  
 Restaurant zur Bayrischen Burg  
 Fleischhauerstraße 34  
 empfiehlt ff. Speisen und Getränke. Gute bürgerlicher Mittagstisch. Jeden Abend gemüthliches Beisammensein.  
 Heute: **Extra-Familien-Abend** mit Überraschung.  
**Restaurant G. Kähler**  
 Sadowastraße 11.  
**Großes Preis-Schießen**  
 am Sonntag, 13., u. Montag, 14. Sept.  
 Die Gewinne bestehen in Handstandgegenständen.  
**Drei Schuß 50 Pfg.**  
 Anfang des Schießens: Sonntag, den 13., 11 Uhr morgens.  
 Montag, den 14., 10 Uhr morgens.  
 Hierzu ladet freundlichst ein **Gust. Kähler.**

  
**Besangverein 'Eintracht'**  
**BALL**  
 am Sonntag, den 13. Septbr.,  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.  
 Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.  
**Der Vorstand.**

**Universum**  
 Heute Sonnabend und Sonntag:  
**Grosser Komödienabend**  
**Schuster Pappmeier.**  
 Alles lacht Tränen.

**Metropol-Theater**  
 Lübeck  
 Breitestrasse, Ecke Huxstr.  
**Vornehmstes Etablissement**  
**lebend-tönender Photographien.**

Die große Serie allernuester Bilder dieser Woche:  
**Eine Bärenjagd.** Allorts größtes Aufsehen erregende Natur-Aufnahme. Eine ausgewachsene Bären, darunter Pracht-Exemplare, werden vor den Augen der Zuschauer in nächster Nähe erlegt.  
**Ehe aus Geldverlegenheit.** Großes Drama.  
**Schlecht belohnte Stellvertretung.** Humoristisch.  
**Dorf-Industrie.** Lehrreiche Naturstudie.  
 Freitag, der 13te oder: „**Lauter Pech**“. Komisch.  
**Hauptmann von Köpenick, Schuhmacher Voigt.**  
 Garantierte, einzig existierende Original-Aufnahme. Voigt verläßt die Strafanstalt. Er holt seine Gesparnisse. Man grüßt ihn als einen guten Bekannten. Voigt in angenehmer Gesellschaft.  
**Auf Rollschuhen.** Humoristisch.  
**Der Wilderer.** Dramatisches Bild aus dem Leben.  
**Parkanlagen von Paris.** Großartig.  
**Der Goldsucher.** Sensations-Lebensbild aus dem Anekanischen.  
**Verlockung der Freunde.** Humoristisches Traumbild.  
**Und weitere Neuheiten.**

**Konzerthaus Friedrichshof.**  
 Heute Sonntag: **Grosser Tanz.**  
 Eintritt frei. Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. Eintritt frei. **Hans Müller.**

**Hansa-Halle.**  
 Jeden Sonntag:  
**Großes Tanzkränzchen.**  
 Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

**Hansa-Theater**  
 Telephone 384.  
**Gastspiel**  
**Job - Classen.**  
 Heute und folgende Tage:  
 Anfang punkt 8 Uhr.  
**Der größte Schlager!**  
**Der Mann mit dem Fimmel.**  
 Tränen werden gelacht!  
 Vorverkauf bei **Sager, Kohlmarkt.**

**Stadthallentheater.**  
 Sonntag: 93. Abonnement-Vorstellung.  
 Große Doppel-Vorstellung.  
**Anna Lise**  
 oder:  
**Des alten Dessauers Jugendliebe.**  
 Lustspiel in 5 Akten von Dersch.  
 Hierauf die Fortsetzung:  
**Wie die Alten sangen.**  
 Lustspiel in 4 Akten von Niemann.  
 Anfang 6 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.  
 Montag: 94. Abonnement-Vorstellung.  
 Logen 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.  
**Die Fledermaus.**



## Anträge zum Nürnberger Parteitag.

Von den vielen Anträgen, die zum Parteitag eingebracht sind, veröffentlichen wir hiermit die wichtigsten:

**Zur Tagesordnung des Parteitags.**  
Rassel: Bei Punkt 3 der Tagesordnung (Parlamentarischer Bericht) die Frage der Budgetbewilligung in den bundesstaatlichen Landtagen erneut zu erörtern.

Berlin IV und Drielen: Der Parteitag wolle den Punkt „Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung setzen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg beantragt, auf die Tagesordnung des Nürnberger Parteitags als besonderen Punkt zu setzen: „Die auswärtige Politik und die Sozialdemokratie“.

Berlin IV: Auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen: „Die gegenwärtige Kriegsbege in Deutschland“.

### Zur Agitation.

Weimar III: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, alsbald die Herausgabe von kurzen Leitfäden der Geschichte der einzelnen bürgerlichen Parteien heranzugeben. Diese Leitfäden sollen jede Partei getrennt behandeln, deren Programme enthalten sowie deren Stellung zu den wichtigsten Gesetzesvorlagen kurz präzisieren.

### Zur Frauenagitation.

Teltow-Beeskow: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist um eine weibliche Sekretärin zu vermehren.

### Zur Jugendorganisation.

Parteivorstand und Kontrollkommission: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert gegen die von der Blockmehrheit des Reichstags beantragte und beschlossene politische Entrechtung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die den reaktionären Reichsvereinsgegensatz des Bundesrats noch reaktionärer gestaltet hat.

Der Parteitag hält daran fest, daß die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse ist.

Zur Lösung dieser Aufgabe verpflichtet der Parteitag die Organisationen, Vorsorge zu treffen, damit die Arbeiterjugend im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung für den Klassenkampf erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftlichen Tätigkeit umfassen. Daneben ist durch Veranstaltungen ernst und heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen und durch Sport und Spiel der Jugend Gelegenheit zur Sammlung zu geben.

Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisation erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten „Kommissionen für die Jugendagitation“ zu bilden.

Die Kommissionen für die Jugendagitation werden aus Vertretern der öffentlichen Parteioorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertretern der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet. Zur Förderung der Agitation unter den jugendlichen Arbeiterinnen soll unter den Vertretern der Parteioorganisation mindestens eine Genossin sein.

Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Kommissionen für die Jugendagitation haben dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftskartelle, Lehrlingschutz-Kommissionen bilden.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines besonderen Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessensvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen.

### Zur Maifeier.

Neuhaldensleben - Wolmirstedt: Die Parteigenossen des Wahlkreises Neuhaldensleben - Wolmirstedt bedauern, daß die Generalkommission und der Parteivorstand die Maifeier vollständig in den Hintergrund stellen und erwarten, daß der Parteitag die Generalkommission und den Parteivorstand ersucht, im nächsten Jahre ihr möglichstes zu tun, damit der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wird.

### Zu Parlamentarisches.

Eine Reihe Anträge, die eine Verschärfung der Lübecker Resolution verlangen bzw. die Zustimmung zu den Staatsbudgets verbieten.

### Sonstige Anträge.

Nürnberg: Der Parteitag möge eine ständige Arbeitskommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet und möglich macht.

Brandenburg-Westhavelland: Einsetzung einer Kommission, welcher die Aufgabe zuteil wird, die Agrarfrage zu studieren und dem folgenden Parteitag Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, uns der Landarbeiterschaft näher zu bringen.

## Zur Tagesordnung des nächsten Parteitags.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Straßund-Rügen und Berlin 3: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen: Die Landarbeiterfrage und die Organisation der Landarbeiter.

Valreuth: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Agrarfrage zu setzen.

### Ort des Parteitags.

Eisenach: Den nächsten Parteitag in Eisenach abhalten zu wollen.

## Aus dem Gerichtssaal.

Eine Bestie in Menschengestalt stand in der Person des Unteroffiziers Josef Rawool vom Trainbataillon in Breslau vor dem dortigen Kriegsgericht. Dieser Bursche hatte einen Rekruten in mindestens 135 Fällen im Stalle gehorft, ihn in zahlreichen Fällen während des Mittagessens zu verschiedenen Arbeiten befohlen, sobald der Rekrut sein Essen in das Spind stellen und abends kalt essen mußte; ebenso hatte er den Rekruten selbst oft in das Spind gesperrt und dieses verriegelt, manchmal bis zu dreiviertel Stunden. Einmal gab er dem Rekruten einen Schlag in den Nacken, daß dieser zusammenbrach. Ein andermal schlug er ihn mit einem Trennschlägel, vielfach auch mit einer Klappspitze. Der Unteroffizier hatte auch andere Leute mißhandelt. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monat Gefängnis und Degradation.

Wenn Unternehmer vor Gericht stehen. Vor dem Schöffengericht in Eisenburg hatte sich ein Maurermeister zu verantworten, weil er einen Lehrling trotz mehrfacher Verwarnung durch den Schulvorstand vom Besuch der Fortbildungsschule abgehalten hatte. Der Maurermeister, der an Gerichtsstelle nicht erschienen war, wurde zu der „horrenden“ Strafe von 3 (drei) Mark Geldbuße verurteilt, die er vorher durch die „erparte“ Zeit des Lehrlings sicher zehnfach verdient hat. Solche „Strafen“ sind wirklich Prämien für Übertretungen gesetzlicher Bestimmungen.

Dann, Bruder, nimm den Wettelsack; So bist Du gewest. Wie eine Vorfeier des Sedantages mutet eine Verhandlung an, die am Dienstag vor dem Schöffengericht in Dresden stattfand. Ein Veteran von 1870/71, der 58jährige Invalide Sameidnig, hat sich wegen Verleitung des Obersten Schreiter vom dortigen Bezirkskommando zu verantworten. Er bekam eine Veteranenpension, die aber nach seiner Angabe so niedrig ist, daß er damit nicht auskommen kann. Er hat nun mehrfache Gesuche um Erhöhung dieser Pension gemacht, und allemal ist ihm mitgeteilt worden, daß man laut gesetzlichen Bestimmungen diesen Gesuchen nicht nachkommen kann. Er wandte sich danach in einem Gesuch an den sächsischen König, dann an den deutschen Kaiser und schließlich an die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds. Alle Gesuche gingen behufs Recherchierung wieder zurück an das Bezirkskommando. Bei einer Unterredung, die er mit dem als Zeugen anwesenden Obersten Schreiter gehabt hat, soll dieser auf die Frage, was soll nun aus mir und meiner Familie werden, geantwortet haben, „das ist mir gleich“. Der Zeuge bestreitet entschieden, diese Äußerung getan zu haben, im Gegenteil habe er ihn auf die Pensionsbestimmungen aufmerksam gemacht und ihm erklärt, daß er den nächst höheren Grad der Pension erst dann empfangen kann, wenn sein Zustand derartig ist, daß er fremde Hände zur Pflege braucht; auch habe er ihm eine außergewöhnliche einmalige Unterstützung ausgemittelt. Am 10. Juni d. J. ließ der Angeklagte nochmals ein Schreiben an das Bezirkskommando wegen Pensionserhöhung los, in dem er den Obersten durch die Ausdrücke „Ungerechtigkeit, ungebührliche und erbärmliche Redensarten“ usw. beleidigte. Das Urteil lautet auf 50 Mark Geldstrafe evtl. 5 Tage Gefängnis. In den Urteilsgründen wird ausgeführt, daß das Gericht die weitestgehende Milde hätte walten lassen, es handle sich um eine Verleitung der bewaffneten Macht.

## Aus Nah und Fern.

Ein Bild sozialen Glucks entrollte eine Verhandlung, die vor dem Dresdener Schöffengericht für Arbeiterversicherung stattfand. Die Frau des Arbeiters Dehne aus Pilmersdorf bei Freiberg klagte gegen die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahlbergwerksgenossenschaft für sich und ihre beiden unmündigen Kinder auf Gewährung von Hinterbliebenenrente. Ihr Mann, der 58jährige Arbeiter De., hatte sich am 7. Januar 1908 beim Herausragen einer Kernplatte aus der Trockenkammer den kleinen Finger verletzt. An die anscheinend geringfügige Wunde schloß sich eine langwierige Eiterinfektion, wegen deren De. in Behandlung eines Freiburger Arztes stand. Am 6. März hatte De. wiederum den Arzt aufgesucht, um sich die Wunde reinigen zu lassen. Das war gegen 4 Uhr nachmittags gewesen, um 6 Uhr abends wurde er unweit Pilmersdorf tot im Chausseegraben sitzend aufgefunden. Der behandelnde Arzt äußerte sich dahin, daß er in der Sprechstunde irgendwelche auffällige Wahrnehmungen an dem Verstorbenen nicht gemacht habe, und daß der Tod auf dem Rückwege von der Stadt nach Pilmersdorf wahrscheinlich infolge von Herzlähmung eingetreten sein müsse. Der Verstorbene habe an chronischer Unterernährung gelitten. Die Sektion der Leiche ergab die Richtigkeit dieser Annahme; als Todesursache wurde Embolie festgestellt, die unter Umständen wohl mit einer Gelenkerkrankung in Verbindung stehen könne, jedoch nicht in vorliegenden Falle. Es wurde nun noch Professor Päßler in Dresden als Obergutachter gehört, der sich dahin aussprach, daß sich ein sicheres Urteil über die Todesursache überhaupt nicht abgeben lasse. Berücksichtigt man aber, daß die langwierige Eiter-Infektion bei dem ohnehin schlecht genährten Manne eine Schwächung der Körperkräfte hervorgerufen und daß De. einen circa 4 Kilometer langen Weg zum Arzt und einen fast ebenso langen heimwärts zurückgelegt hatte, müsse man annehmen, daß der Tod infolge Erschöpfung eingetreten ist. Diese Annahme sei zwar nicht zwingend, aber unter den obwaltenden Umständen die einzig mögliche, zumal andere Erkrankungen, die sich schleichend entwickeln und dann plötzlich zum Tode führen, nicht festgestellt hätten werden können. Der Mann sei infolge der vorausgegangenen Krankheit eben noch zu schwach gewesen, um den langen Weg ohne Schaden

für seine Gesundheit zurücklegen zu können. Der Unfall sei somit die mittelbare Todesursache gewesen. Die Berufsgenossenschaft lehnte trotzdem die Gewährung einer Rente ab, wurde indessen vom Schöffengericht vernünftigerweise verurteilt, ein Sterbegeld von 54 Mk. und an die Witwe und an jedes der beiden Kinder eine Rente von 20 Prozent zu gewähren.

Ein seltener Fall ist es, wenn in Deutschland ein sozialdemokratisches Blatt in der freundlichsten Weise von einem Richter spricht, wie dies unser Altenburger Parteiorgan über den Senatspräsidenten Viktor Börngen am Oberlandesgericht in Jena tut. Es schreibt: „Unter den Jenaer Ehrendoktoren ist auch der Senatspräsident am gemeinsamen thüringischen Oberlandesgericht in Jena, Viktor Börngen. Von ihm wird gesagt, er sei „ein Mann, der durch scharfsinniges Urteil, durch hohe Gerechtigkeitsliebe und durch das Streben, dem wahren, sachlichen Rechte vor der äußeren, schematischen Form zum Siege zu verhelfen, sich allezeit als eine Stütze des deutschen Richterstandes erwiesen hat“. Wir sind in der seltenen Lage, einem deutschen Richter Anerkennung zu zollen: Viktor Börngen hat den Ehrendoktor redlich verdient. Er war in früheren Jahren erster Staatsanwalt am Altenburger Landgericht und hat als solcher z. B. niemals für drei gedruckte harmlose Zeilen drei Monate Gefängnis beantragt, sondern er war bestrebt, die Sühne entsprechend der Schuld zu beantragen. Er hat sich aber ganz besonders als Gefängnisvorkämpfer gegenüber den ihre Breßfunden abblühenden Redakteuren als vollendeter Gentleman erwiesen. Wer als sozialdemokratischer Sünder aus Anlaß politischer Vergehen mit ihm zu tun hatte, der lüdelte heute noch laut das Lob Viktor Börngens. Er sah eben in den sozialdemokratischen Opfern der Justiz keine Verbrecher, sondern Opfer der politischen Machtverhältnisse, und behandelte sie demgemäß. Er steckte sie nicht in die sinkenden, unreinlichen, ekelhaft aussehenden schmalen Böcher, Zellen genannt, mit winzigen kleinen Fenstern, Böcher, die ans Zuchthaus gemahnen, sondern er ließ sie in anständigen Räumen, in denen es nicht an Raum, Luft und Licht mangelte, unterbringen und gewährte ihnen jede nur denkbare Erleichterung ihrer Last. Mit hoher Achtung sprechen daher, wie schon gesagt, heute noch die alten „Breßfunder“ von Viktor Börngen, den Reid ihrer Nachfolger weckend. Damals gab es aber auch noch keinen preußischen Drill im Lande.“

Material für den Reichsverband. Direktor Oskar Haehnel von den Heurekaarten in Düsseldorf ist wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung von 100000 Mark verhaftet worden.

Aus einer kleinen Stadt. Als vor einigen Jahren der Rechtsanwalt Blumenthal Bürgermeister von Solmar werden wollte, versprach er, dieses Amt umsonst auszuführen. Gelegentlich der letzten Gemeinderatswahl kam es zu einer Sätzweigung zwischen Demokraten und Liberalen, weil letztere die Forderung nach einem Berufsbürgermeister aufstellten. Um seinen Bürgermeisterposten zu retten, verband sich der „Demokrat“ Blumenthal mit den Liberalen und es gelang ihm auch, Liberale und Sozialdemokraten zu schlagen. Natürlich hatte man auch hier den Wählern versprochen, zu sparen, und kein Mensch hatte wohl daran gedacht, daß der „Ehrenbürgermeister“ Blumenthal sich die Ehre, Bürgermeister zu sein, noch bezahlen lassen wollte. Da hat der sparame Gemeinderat in seiner Sitzung am Dienstag nun dem Bürgermeister Blumenthal Dienstbezüge — richtiger Gehalt — in Höhe von 12000 Mk. für das Jahr bewilligt, und den zwei „Ehren“-Beigeordneten je 4000 Mk. Und das nennt man sparen. Und um zu sparen, wollte man keinen Berufsbürgermeister haben. Für das Geld hätte man aber einen tüchtigen Beamten erhalten können, der seine ganze Kraft der Stadt widmen konnte und nicht nur im Nebenamt die Geschäfte der Stadt leitete.

Mehr Bibelsprüche! Während man in der Kulturwelt den Fortschritt darin sieht, den Unterricht von Gedächtnisfram nach Möglichkeit zu befreien, um einer vernünftigen Verstandes- und Herzensbildung unserer Jugend mehr Raum zu schaffen, ist die königlich preussische Regierung zu Münster in Westfalen anderer Meinung. Ihr geht das Sprüchlernen über alles; Bibelsprüche pauken — das ist ihre pädagogische Weisheit. Die Münsterer Regierung hat an die Kreisinspektoren ihres Bezirks folgende Verfügung erlassen: „Es ist von vielen Seiten bemerkt worden, daß die Kinder der Volksschulen bei ihrer Entlassung aus der Schule nur einen verhältnismäßig geringen Schatz von Sprüchen aus der Heiligen Schrift und einen noch geringeren von Sinnsprüchen aus der vaterländischen Literatur mit sich nehmen. Wir bestimmen daher für die evangelischen Schulen, daß täglich nach dem Morgengebet ein Wochenpruch aus dem Gedächtnisstoff für den Religionsunterricht in den evangelischen Schulen der Provinz Westfalen zur Einübung gelangt, und für sämtliche Schulen, daß jede deutsche Stunde mit der Einprägung eines Wochenpruches aus dem folgenden Verzeichnis von Sinnsprüchen für den deutschen Unterricht zu beginnen hat. Der Einprägung beider Sprüche hat die Vermittlung des Verständnisses voranzugehen. Ihre Auswahl und Anordnung bleibt den Leitern beziehungsweise Ersten und Einzellehrern der Schulen überlassen; es ist aber darauf zu halten, daß alle acht oder vierzehn Tage mit den Sprüchen gewechselt wird; auch empfiehlt es sich, sie an der Wandtafel aufzuschreiben und während der Dauer ihrer Einprägung stehen zu lassen. Mit den biblischen Sprüchen ist schon auf der Mittelstufe, mit den anderen Sinnsprüchen in der Regel erst auf der Oberstufe zu beginnen. Wir behalten uns vor, in dieser Angelegenheit später Bericht einzufordern.“ Ein Verzeichnis von 60 Sinnsprüchen für den deutschen Unterricht ist dieser Verfügung beigegeben.

Wie für die kranken Postbeamten gesorgt wird. In der Königsberger bürgerlichen Presse lesen wir: „In großer Not befindet sich ein früherer Briefträger in dem benachbarten Dorfe Bobethen; er ist schwer lungenerkrank. Zwar bezieht er von der Postbehörde eine Unterstützung, sie reicht aber gerade nur zum Allernötigsten aus und läßt für Anschaffung von Heilmitteln nicht das geringste übrig. Da der Kranke auch sonst nicht in der Lage ist, sich irgend etwas zu verdienen, werden edelbedenkende Menschen gebeten, ein Scherlein zur Linderung der Not des Armen beizusteuern. Das zuständige Pfarramt hat die Wahrheit der Angaben des Hilfsbedürftigen bestätigt.“ — Es ein Skandal, daß das Deutsche Reich, das tausende Millionen von Mark für eine Weltpolitik

großen Silts übrig hat, nicht einmal für seine kranken Be-  
 anten sorgt, sondern sie der Not und dem Elend überliefert,  
 sodass sie „bedenkende Menschen“ um ein „Scherlein“ an-  
 sehen müssen.

Wie das Deutschtum gefördert wird. Auf den ober-  
 schlesischen Gruben arbeiten bekanntlich fast nur polnische  
 Arbeiter und insbesondere die älteren von ihnen verstehen  
 überhaupt nicht deutsch. Beim Verlesen am Beginn der  
 Schicht rufen sie deshalb zumeist „jest“ statt „hier“. Auf  
 einer Grube hat jetzt ein Beamter den Bergleuten ange-  
 kündigt, daß jeder mit drei Mark bestraft wird, der in Zu-  
 kunft beim Verlesen mit „jest“ antwortet, der im Zechen-  
 hause polnisch spricht, oder einen Beamten während der  
 Arbeit polnisch anredet. Dieser selbe Beamte begrüßt die  
 Knappen bei der Revision aber nicht mit einem „Glückauf“;  
 sein Gruß, durch den er die Knappen in Schrecken versetzt,  
 lautet vielmehr in der Regel: „co mi dzisaj  
 wience dacie, jak rozoraj, we pieronski lenie!“ (Daß Ihr  
 heut mehr fördert wie gestern, Ihr donnerwetter Faulenzler!)

Typhus im Heere. Als dieser Tage das Fußartillerie-  
 regiment Nr. 9 von den Schießübungen auf der Bahner  
 Heide bei Köln nach Ehrenbreitstein zurückkehrte, wurden so-  
 fort 40 Mann isoliert, weil sich bei ihnen typhusverdächtige  
 Anzeichen bemerkbar machten. Gerade erst hatte die Mil-  
 itärbehörde bekannt gemacht, daß die seit vielen Wochen in  
 Ehrenbreitstein herrschende Typhusepidemie, die infolge der  
 miserablen Wasserleitungsverhältnisse entstanden war, als  
 erloschen zu betrachten sei. — Nach einer solchen veröffent-  
 lichten Bekanntmachung des Generalkommandos des 8. Ar-  
 meekorps waren bis zum 15. August festgestellt: im Regie-  
 rungsbezirk Köln 10 Typhuserkrankungen bei Soldaten, im

Regierungsbezirk Düsseldorf 80, Aachen 2, Koblenz 18, Trier  
 15. Die Typhuserkrankungen im Heere sind vielfach zurück-  
 zuführen auf die schlechten Wasserverhältnisse der großen  
 Übungsplätze.

### Literarisches.

Von der „Arbeitsenden Jugend“ ist soeben die  
 September-Nummer erschienen. Preis der Nummer 10 Pfg.,  
 in Partien billiger. Verlag Berlin, C. 2, Stralauer-  
 straße 13/14 III. — Aus dem Inhalt heben wir hervor:  
 Dem Jugend-Parlament. Gedicht von Clara Bohm-Schuch.  
 — Selbsterziehung. Von Heinrich Schulz. — Die  
 Erziehung zur Freiheit. Von Simon Ragenstein. Form  
 und Stärke der konfessionellen Jugendvereinigungen. — Die  
 Einrichtung der Gesellschaft. Von Dr. A. P. VI. Der  
 Kapitalist als Menschenfeind. — Aus unserer Be-  
 wegung. Die Jugend- und Arbeiterorganisationsleiter  
 Hessens gründen selbständige Jugendorganisationen. Die  
 polizeiliche Schließung einer Jugendorganisation vom Gericht  
 aufgehoben. Ein Feldzug der Regierung gegen die freien  
 Jugendorganisationen. Innungsmeister gegen die organi-  
 sierte Jugend. Clowd oder Clou? — Ca ira! Gedicht von  
 Max Bessel. — Unsere Gegner. Katholische Arbeiter-  
 führer fordern selbständige Jugendvereine! Die Schwarzen  
 an der Arbeit. — Jugendschub. Moderne Lehrlings-  
 ausbildung. — Schulwesen. Ein Gesetzesentwurf zur Ein-  
 führung obligatorischer Fortbildungsschulen. — Gesund-  
 heitspflege. Zweckmäßige Schlafenszeit. Das  
 Schwimmen. Tabakmißbrauch. Jugendliche Raucher. Die  
 alten Spartaner als Initialkoholiken. — Aus der  
 Arbeiterbewegung. Die Arbeiterschaft für selbständige

Jugendorganisationen! Jugendlicher wegen Teilnahme an  
 einer Gewerkschaftsversammlung bestraft! — Vereins-  
 Nachrichten. Sprüche und Verschiedenes.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts,  
 Berlin SW. 68, erschien soeben eine Broschüre aus der  
 Feder des Genossen Dr. Max Adler-Wien, betitelt:  
 „Marx als Denker“. In Wien veranstaltete die „Freie Ver-  
 einigung“ sozialistischer Akademiker und Studenten einen  
 Vortragszyklus zum Gedächtnis des 25. Todesjahres von  
 Karl Marx. Den Vortrag, den Genosse Adler bei dieser Ge-  
 legenheit gehalten, hat derselbe erweitert und zu einer Bro-  
 schüre verarbeitet. Die Buchhandlung Vorwärts hielt es für  
 angebracht, diese Arbeit einem größeren Kreis von Genossen  
 zugänglich zu machen, und entschloß sich aus diesem Grunde  
 zur Herausgabe der Broschüre. Aus dem Inhalt erwähnen  
 wir folgende Kapitelüberschriften: Der Wahrheitsgehalt der  
 Hegelschen Philosophie. — Marx und Hegel. — Die soziale  
 Eigenesgeschichte. — Wissenschaftlicher und utopischer  
 Sozialismus. — Die materialistische Geschichtsauffassung und  
 ökonomische Kritik. — Wissenschaft und Politik. In einem  
 Anhang beschäftigt sich der Verfasser mit dem Thema: Marx  
 und die Dialektik. Preis 1,20 Mk. Zu beziehen durch alle  
 Buchhandlungen.

Das Jahrbuch 1907 des Deutschen Holzarbeiter-  
 Verbandes, herausgegeben vom Verbandsvorstand, Selbst-  
 verlag des Verbandes, Stuttgart, Adlerstraße 43, ist er-  
 schienen. Preis: Gebunden 2,50 Mk., broschiert 2 Mk. pro  
 Exemplar.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
 Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
 Sämtlich in Lübeck.

# Wirkliche Ersparniss

Man verlange ausdrücklich „MAGGI“ Würze, sie ist und bleibt die Beste!

in der Küche erzielt die Hausfrau mit



**MAGGI Würze**

Schutzmarke  
Kreuzstern

Diese gibt schwachen Suppen, ebenso allen Gemüsen, Saucen usw. augen-  
 blicklich kräftigen Wohlgeschmack.

Sehr ausgiebig, deshalb sparsam verwenden.

„MAGGI gute sparsame Küche“.



**Restaurant Polierkrug**  
Schwartauer Allee.

Geschützte Lauben, geschl. Veranda  
sowie Doppel-Kegelbahn (Hochbahn)  
Angenehmer Familien-Aufenthalt.  
Zur Einkehr ladet freundl. ein  
**F. Strohkarr.**

# Flora

2 Minuten vom neuen Bahnhof.  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt frei.

Neu! Parkettfußboden! Neu!  
Parkettfußboden!  
**Louisenlust.**  
Jeden Sonntag: **Gr. Tanz-Musik.**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
Musik: Harmonikklub Harmonia. W. Gloe.

**Friedrich-Franz-Halle**  
Jeden Sonntag:  
**GROSSE TANZ-MUSIK.**

**Wilhelm-Theater.**  
Konzert mit Tanzkränzchen.  
Angenehmer Familienaufenthalt.

**Einsegl.**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Freier Eintritt. — Freier Tanz.

**Weisser Engel.**  
Jeden Sonntag Tanz.  
Heute Sonntag:  
Einweihung meines neuen Flügels.

**WAISEN-HOF.**  
Heute Sonntag:  
**Tanzkränzchen.** Eintritt frei.

**Gesellschaftshaus Adlershorst.**  
Morgen Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**



Nichts macht so viel Vergnügen

als das Öffnen eines Pakets Weichen-Seifenpulver  
„Goldperle“, weil so hübsche Geschenke beiliegen.  
Man achte auf den Namen „Goldperle“.  
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.  
En gros bei: H. L. Wiegels.

## Sozialdemokratischer Verein.

### Mitglieder - Versammlung

am Montag, den 7. September,  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Besprechung der Anträge zum Parteitag in Nürnberg. Referent: Genosse Schneider.
  2. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

## Sanitäts-Verb. d. freien Hilfskassen Lübecks

### Einladung zum Verbands-Fest

zum Besten des Invalidenfonds sowie der Walderholungsstätte  
bestehend aus

### BALL verbunden mit Tombola

am Sonntag, den 1. November 1908  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Ende 2 Uhr.  
Das Fest-Komitee.

Eintrittskarten sowie Tombolalose sind zu haben bei sämtlichen Kassenboten sowie im  
Bureau des Verbandes, Johannisstraße 46. D. D.

**Besangverein „Eiche“.**  
**BALL**  
am Sonntag, den 6. September  
im „Wilhelm-Theater“.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

## Central-Hallen.

Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Eintritt à Person 10 Pf.  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
W. Borgwardt.

Zentral-Verband  
der Dachdecker Deutschlands.  
(Zahlstelle Lübeck.)

### Einladung zum Ball

am Sonntag, den 6. Septbr.  
im Lokale des Herrn Fürbötter,  
**Wakenitz-Bellevue**  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei.  
Das Komitee.

Einladung zum  
**ERNTEBIER**  
der sämtlichen Arbeiter  
am Dienstag, den 8. Sept.,  
im Lokale des Herrn Griesbach,  
„Adlershorst“.  
Anfang 4 Uhr. Ende morgens.  
Um 9, 11 und 1 Uhr Quadrille.  
Eintritt eine Mark.  
Hierzu laden freundlichst ein die diesjährigen  
Schaffer Rud. Schläger, Heiner. Wulf.

**Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.**

Einladung zum  
**Stiftungs-Fest**  
bestehend in  
turnerischen Auführungen und Ball  
am 6. September  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg.  
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

**TIERGARTEN.**  
Sonntag, den 6., und Montag,  
den 7. September:  
**Großes Verschießen**  
von Haushaltungsgegenständen aller Art.  
Schießen: Sonntag von 11-1 Uhr vorm.  
und 4-10 Uhr nachm.  
Montag von 11 Uhr morgens an.  
Einfahrt 50 Pfg.  
Im Saal: Klavier-Unterhaltung.  
Hierzu laden ergebenst ein  
W. Krüger. W. Grammerstorf.